

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 27.

Mittwoch, den 2. Februar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

## Bethmann und Oldenburg.

Die Annahme dürfte nicht unberechtigt sein, daß die skandalöse, unverschämte Äußerung des Sanuschaurers v. Oldenburg nicht ohne Zusammenhang steht mit der Theorie, die der jetzige Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg in der Rattowig-Debatte aufgestellt hat.

Wir leben in einem Verfassungs- und Rechtsstaat. Unter Umständen aber ist — nach dem v. Oldenburg — der Kaiser befugt, sich über die Verfassung hinwegzusetzen und einen Offizier zu beordern, mit den zehn Soldaten den Reichstag zu schließen. Denn, wie der Kriegsminister v. Heeringen dazu bemerkt hat: „Einen Unterschied zwischen König und Vaterland gibt es nicht. Etwas anderes ist überhaupt nicht denkbar“. Mit anderen Worten: national — oder wie man früher sagte patriotisch — und monarchisch sind identisch. Folglich ist auch der leitende Staatsmann berechtigt, das verfassungsmäßige Recht aller Staatsbürger, auch der Beamten, zu annullieren, wenn nach seiner Meinung der betreffende Beamte nicht „national“, im preußischen Sinne, gesinnt ist. Denn national = monarchisch und antinational = antimonarchisch.

Die Theorie des Reichskanzlers ist nicht bloß feudalschuldbilftisch nach innen, sie ist auch völkerrechtlich durchaus verwerflich. Wir leben ja längst nicht mehr in den Zeiten, wo das „Vaterland“ der höchste politische Begriff war und Rechte und Pflichten es nur den Mitbürgern gegenüber gab; das Wort „Justitia fundamentum regnorum“ („Gerechtigkeit ist die Grundlage der Staaten“) ist internationales Prinzip, auch der Fremde hat Rechte und Pflichten, wegen deren Verletzung der Verlezer bekanntlich zur Verantwortung gezogen werden kann und wird, vor allem in Geschäfts- und Geldangelegenheiten. Nach innen wie nach außen ist mit „national“ das Entscheidende, sondern das Recht, und wer sich zu dem Grundsatz bekennt, „national“ geht über das Recht resp. über die Verfassung, dessen Gesinnung muß als „Umsturz“ gebrandmarkt werden — um das Wort „Revolution“ nicht zu entweichen.

Im Jahre 1899 hat Herbert Bismarck im Reichstag den englischen Spruch von sich gegeben: „Right or wrong — my country“ („Recht oder nicht, mein Vaterland“). Dazu schrieb der verstorbene Theodor Barth in seiner „Nation“: „In Wirklichkeit gehört jener Ausspruch, welcher der Palmerston'schen Ära internationaler Brutalität entstammt, zu den widerlichsten Aussprüchen internationaler Rechtsverachtung. Der Satz heißt zu deutsch: Wenn meine eigenen Interessen auf dem Spiele stehen, so pfeife ich auf Recht und Gerechtigkeit“.

Und dem analog nach innen, in bezug auf die Verfassung, ist der Ausspruch des Reichskanzlers über das Wahlrecht der Beamten. Wohl werden von höheren Beamten gewisse Fähigkeiten, Befugnisse, Verpflichtungen, verlangt, allein nur dann darf er wegen deren Verletzung zur Rechenschaft gezogen, darf ihm das aktive und passive Wahlrecht aberkannt werden, wenn ihm mittels regelrechten Disziplinarverfahrens nach ordentlichem „Urteil und Recht“, die erforderlichen Qualitäten aberkannt worden sind; so wie dem gewöhnlichen Staatsbürger die staatsbürgerlichen Rechte auf Grund des gemeinen Prozeßverfahrens.

Wozu noch kommt, daß es sich hier um eine bloß subjektive Meinung des Ministers handelt, die oft genug schon mit „dem vaterländischen Interesse“, wie Bethmann-Hollweg sagte, im Widerspruch stand.

Das „nationale“ Interesse überragt allerdings heutigen Tages, in kapitalistischen Ländern, die höchsten Ideale und nach der Schwefelbombe derer um Oldenburg ist es so ziemlich identisch mit dem monarchischen Interesse — solange die Monarchie nach der Pfeife der konservativen Agrarier tanzt und, wenn es sein muß, auf den Reichstag schießen läßt — mindestens sind die beiden Begriffe, die so viel Unheil anrichten, Geschwisterkinder und die Doppelpfeiler des Dreiklassenwahlstaates. Da mag denn — wenigstens vom Nationalismus, oder Patriotismus, wie man noch zu Schopenhauers Zeiten sagte, das Itat angebracht sein (Parerga II): „Der Patriotismus, wenn er im Reiche der Wissenschaft sich geltend machen will, ist ein schmutziger Geselle, den man hinaus werfen soll. Denn was kann impertinenter sein, als da, wo das rein und allgemein Menschliche betrieben wird, seine Vorliebe für die Nation, welcher die eigene werthe Person gerade angehört in die Waagschale legen zu wollen und aus solcher Rücksicht bald der Wahrheit Gewalt anzutun, bald ungerecht zu sein.“

Natürlich sprechen wir vom verfälschten Nationalismus oder Patriotismus. Denn an echtem, edlem, vernünftigem Patriotismus, läßt sich die Sozialdemokratie von keiner Partei übertreffen. Im Gegenteil, weil wir das Vaterland aufrichtig lieben, wollen wir den Schmutz und Kebricht mit dem großen eisernen Besen so bald als möglich hinausjagen.

Alles, was wahren Patriotismus im Leibe hat, muß sich vor allem mit Macht erheben gegen die unerhörte Sunkerfreiheit, die am Sonnabend in der Staatsstreichaufforderung des Sanuschaurers zum Ausdruck kam. Diese Freiheit kann nur emporkriechen auf dem Boden der Machtusurpation durch die preussischen Sunker, die nicht in ihrer ökonomischen und sozialen Bedeutung wurzelt, sondern ihre Stütze allein findet im preussischen Dreiklassenwahlrecht. Das ist der Sumpfboden, aus dem die junkerliche Annahmung erwächst, die sich über alles verfassungsmäßige Recht hinwegsetzt und bereit ist, die nackte Gewalt an die Stelle des Rechts zu setzen, wenn das Sunkerinteresse es verlangt.

Der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht, das ist der Kampf gegen die junkerlichen Staatsstreichgelüste, der einzige Weg, ihrer Annahmung Herr zu werden und ihnen die angemessene Macht zu entreißen.

Die Befreiung Deutschlands von der Sunkerherrschaft muß in Preußen erkämpft werden. Der Sanuschaurer hat sich mit seinem sonnabendlichen Vorstoß ein Verdienst erworben insofern, als er aller Welt klar gezeigt hat, welche Gefahr von den Sunkern droht. Niemand kann sich mehr entschuldigen, daß er sie nicht sieht.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Aus dem Reichstage.

Wie nach dem Gang der Geschäftsordnungsdebatte vom Montag voraussehen war, hat der Reichstag den vom verlassenen Kolonialprinzen ausgehenden Ordnungsruß bestätigt. Nur die Freisinnigen und Polen stimmten mit unserer Fraktion dagegen. Die nationalliberalen Angstmeier schlugen sich auf die Seite des Faselblocks. So darf denn Erni fortfahren, dem Deutschen Reichstage zu präsidieren.

Im weiteren Verlauf der Dienstaagsitzung kam der portugiesische Handelsvertrag heran. Dieser Vertrag ist sicher kein Meisterwerk der deutschen Diplomatie, über deren wirtschaftspolitische Unzulänglichkeit Worte zu verlieren unnötige Zeitverschwendung wäre. Aber schließlich ist der Vertrag immer noch besser als gar kein Vertrag. Die Aera der Hochschußzölle hat eben, wie Genosse Mollenbuhr treffend darlegte, die internationalen Handelsbeziehungen außerordentlich verschlechtert. Mit Naturnotwendigkeit erzeugt die Hochschußzöllerei des einen Landes gleichartige Bestrebungen in dem anderen. Nach einer mehr ausgebreiteten als im allgemeinen anregenden Debatte wurde schließlich der Handelsvertrag, für den unsere Fraktion stimmte, mit schwacher Mehrheit angenommen. Höchst spahast war die Art, wie der Mädchen-schullehrer Ling mit schöner Unparteilichkeit erst im Namen der Minderheit seiner reichsparteilichen Fraktion gegen und dann im Namen der Mehrheit seiner Freunde für den Vertrag plädierte.

Den Rest des Tages füllte die Fortsetzung der Kolonialdebatte aus. Derenburg war in rosigster Laune und weißester Weste. Er hat Grund zur Heiterkeit. Zurzeit umschmeicheln ihn alle bürgerlichen Parteien. Herr von Lisbert, der nebenbei die Aktionärspartei an kolonialen Unternehmungen als höchste Blüte des Patriotismus rühmt, machte dem vor noch nicht langer Frist von ihm und seiner Clique so bescholtenen Staatssekretär eine förmliche Liebeserklärung, deren Inbrunst aber noch weit übertroffen wurde von der des freisinnigen Volksparteilers Goller. Im übrigen kataurierte dieser seltsame Arbeiterfreund ein langes und breites über die Sexualität unter Menschen und Tieren unter besonderer Berücksichtigung des Kameles. Das beste an den ellenlangen Ausführungen dieses Kolonialfreisinnigen war die Zurückweisung der Muhammedanerhege und der Übertragung heimischer Verordnungsbestrebungen auf die Kolonien, wie sie am vorigen Tage Erzberger getrieben bzw. gefordert hatte. Zuletzt kam noch Derenburg, strich behaglich die Lobspärche ein, versprach, nicht allzuständig in die Weltweiberei der Regier einzugreifen, und rief sich schließlich noch ein wenig am Genossen Noske, der ihm am Donnerstag antwortet wird. Wird man an diesem Tage mit dem Kolonialrat fertig, so wird der Etat des Reichstags usw. daran kommen.

#### Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erledigte Dienstag in zweiter Lesung den Etat der Forstverwaltung. In dem

Etat der Forstverwaltung, mit dessen Beratung dann begonnen wurde, liegt außer den bereits mitgeteilten sozialdemokratischen Anträgen und dem konservativen Antrage, betreffend die Wälder in der Umgegend von großen Städten, noch ein nationalliberaler Antrag vor, der die Regierung ersucht, zwecks Förderung der Leibesübungen der Schuljugend, da, wo ein Bedürfnis dafür vorhanden ist, fiskalisches Terrain zu Spielplätzen in genügender Größe und Zahl den in Betracht kommenden Gemeinden auf deren Antrag zu einem angemessenen Kauf- oder Pachtpreise zu überlassen.

In der Budgetkommission des Reichstages wurden Dienstag die Reste aus dem Militäretat beraten, die in der Hauptsache nach den Vorschlägen der Regierung Erledigung fanden.

#### Der klerikal-konservative Block im preussischen Abgeordnetenhaus und die Wahlreform.

Der Freikonservative preussische Landtagsabgeordnete Freiherr v. Zedlig und Renkirk beschäftigt sich im „Tag“ (Nr. 25 vom 30. Januar) erneut mit den Aussichten der preussischen Wahlreform. Wie vor kurzem schon in einer, nicht unter seinem Namen erschienenen Notiz in der „Post“, konstatiert er auch in diesem Artikel wieder, daß die im preussischen Abgeordnetenhaus herrschende Stimmung einer Waffenbrüderschaft zwischen Konservativen und Zentrum durchaus günstig sei, ja geradezu danach dränge. Das geht aus vielen Anzeichen hervor, insbesondere auch daraus, daß die Konservativen mit peinlicher Sorgfalt vermeiden, in Gegensatz zum Zentrum zu treten. Die Zentrumsinterpellation über Rattowig sei hierfür ein charakteristischer Beleg.

Bei der Landwirtschafts-Debatte habe der Dietrich Hahn, dem die Konservativen Platz zu drei Reden in der Rednerliste schufen, und der demnach als konservativer Redner zu gelten habe, das Zentrum wiederholt umschmeichelt und freilich auch bei dem Zentrum den stärksten Beifall geerntet.

„Von dem aktuellsten Interesse“, sagt v. Zedlig dann wörtlich, „ist aber die Frage, welche Wirkung von der jetzigen politischen Lage auf die Wahlreform zu gewärtigen ist.“

... ich bin nachgerade zu der festen Überzeugung gelangt, daß das Zentrum dafür sorgen wird, keine den Konservativen unannehmbare Änderung unseres Wahlrechts zustande kommen zu lassen. Da die Konservativen die geheime Stimmabgabe für unannehmbar erachten, heißt das mit anderen Worten: das Zentrum wird dafür sorgen, daß die Wahlreform unter Beibehaltung der öffentlichen Stimmabgabe oder gar nicht zustande kommt.

In diesem Ziele führen verschiedene Wege. Man kann die Frage gleich in der Kommission verknüpfen lassen. Etwas Ähnliches scheint tatsächlich erwogen zu werden. Man spricht davon, daß noch weitere tatsächliche Unterlagen als die bekannte Wahlstatistik zu fordern seien, und meint, daß, weil die Erfüllung dieser Forderung längere Zeit erfordere, die Session alsbald geschlossen werde würde.

Weiter kann dafür gesorgt werden, daß der Antrag auf Übergang zur geheimen Wahl von vorn herein abgelehnt wird. Bei der knappen Mehrheit für die geheime Wahl genügt hierzu die Abkommandierung weniger Stimmen. Man kann ferner zwar die geheime Wahl in die Vorlage einschalten lassen, dann aber deren Ablehnung im ganzen herbeiführen. Das läßt sich unschwer ermöglichen, indem sich ein ausreichend starker Teil des Zentrums als unentwegter Parteigänger des Reichswahlrechts ausspielt und die Parole „Alles oder nichts“ ausstößt. Endlich kann man in der Überzeugung, daß das Herrenhaus für die geheime Wahl nicht zu haben ist, diesem deren Befestigung überlassen, die Entscheidung bis zur Rückkehr der geänderten Vorlage an das Abgeordnetenhaus verschieben und sich dann entweder dem Herrenhause fügen oder durch Verhinderung übereinstimmender Beschlüsse beider Häuser die Verabschiedung der Wahlreform unmöglich machen. Welcher Weg gewählt werden wird, ist mit Sicherheit nicht vorherzusehen. Dabei sprechen faktische Rücksichten das entscheidende Wort. Ganz sicher aber erscheint es, daß einer dieser Wege, vielleicht mit der einen oder anderen Variante, beschritten werden wird. Die konservativ-klerikale Entente cordiale bedeutet nichts weniger als die Befestigung jeder Chance für den Übergang zur geheimen Wahl bei dem jetzt von der Regierung in Angriff genommenen Reformplane. Dem wird zwar zunächst eifrig widersprochen werden, aber der Ausgang wird mit Sicherheit recht geben.“

### Das Kanzlerblatt für Spitzel.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ widmete am Sonnabend einen großen Teil ihres Rückblicks der Sozialdemokratie. Sie spendet sich und ihren Getreuen den bitteren Trost, daß die Braunschweiger Straßendemonstrationen nur als gemittelte Krafftproben der „radikalen“ Sozialdemokraten zu werten seien, fernermalen sogar Genosse Leo Krons in den „Sozialistischen Monatsheften“ nachgewiesen habe, daß die Straßendemonstrationen keinesfalls auf „die allgemeine Bereitwilligkeit der Sozialdemokraten zum gelegentlichen Aufmarsch in größerem Verbands“ schließen lassen. Nachdem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ also die Nerven ihrer Leser beruhigt und die sozialdemokratische Gefahr in Grund und Boden geleugnet hat, zieht sie plötzlich die rote Fahne des Verleugneten sozialdemokratischen Schreckensherrschaft zittern zu lassen. Warum? Ei, weil es nämlich ist, den sozialdemokratischen Schrecken zu vergrößern, wenn es heißt, die Jugendbildungsvereine als Puhl der Hölle darzustellen! Der plötzliche Umschlag der Gesinnung ist nötig, soll der noble Spitzelplan, den das Kanzlerblatt preift, Anklang finden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Nicht nur von den Behörden, sondern auch, was besonders anzuerkennen ist, von den hier zunächst beteiligten bürgerlichen Korporationen wird daher dem sozialdemokratischen Jugendfang scharfe Beobachtung zuteil. So haben die Berliner Innungen in Verbindung mit dem Verein Berliner Rektoren einen nachahmenswerten Weg in der Frage der Heranziehung des gewerblichen Nachwuchses beschritten. Beide Körperschaften sind dabei, einen Lehrlingsnachweis zu errichten, und haben dafür Grundsätze aufgestellt, die sich bewähren dürften. Ebenso hat der Ausschuß des deutschen Handwerks- und Gewerbetages beschlossen, der sozialdemokratischen Jugendorganisationsfrage näherzutreten. Um dazu das erforderliche Material zu beschaffen, sind unter den Handwerksmeistern Fragebogen in Umlauf gesetzt worden. Dadurch soll ermittelt werden, ob sogenannte Jugend- und Lehrlingsvereine bestehen, die unter Umgehung des Vereinsgesetzes politische Ziele verfolgen, in welcher Weise sich diese Flügelvereine und Verbände betätigen, welche Flugblätter und Propaganda unter sie verteilt werden und dergleichen. Obgleich schon Stimmen laut geworden sind, die von der direkten Einwirkung der Sozialdemokratie auf die Jugend vielmehr einen stärkeren Rückschlag erwarten, so kann man auf dergleichen spätere Möglichkeiten doch gewiß nicht zum Voraus rechnen. Es heißt hier bei guter Zeit vorbauen.

Man sieht, dieses hohe Ziel ist in höherer Maße des Schmeißers der Edlen vom Kanzlerblatte wert, als etwa die Wahlrechtsreform in den reaktionären Landtagen.

### Fürstliche Steuerfreiheit.

Die Reiningger Regierung hat im Finanzansatz des Landtages erklärt, einer dort beantragten Einkommenbesteuerung des regierenden Herzogs sowie der Besteuerung des Herzoglichen Domänenvermögens nicht zustimmen zu wollen. Natürlich: Beim Geldbeutel hört die Gemütslichkeit auf!

Die Entscheidung über die Schiffsabgaben soll im Bundesrat bereits am zweiten Februar fallen. Welche Wichtigkeit den Verhandlungen beigegeben wird, erhellt daraus, daß die leitenden Minister der Einzelstaaten in Berlin eingetroffen sind um ihren Standpunkt persönlich zu begründen.

### Freunde Sprachen in Versammlungen.

Das Zentrum hat im preussischen Abgeordnetenhause den Antrag eingebracht, die französische, wälonische und währische Sprache in öffentlichen Versammlungen zuzulassen und den Gebrauch dieser Sprachen gesetzlich zu gewährleisten.

### Gegen Polizeistatue

richtet sich ein Antrag, den die Sozialdemokratische Landtagsfraktion Bayerns in der Kammer eingebracht hat. Es handelt sich um die §§ 52 und 53, die sich mit dem Begriff „öffentliche Sammlungen“ befassen. Danach darf öffentlich nur zu solchen Sammlungen aufgefordert werden, deren Erträge zu wohltätigen Zwecken bestimmt sind. Für Sammlungen zu anderen Zwecken ist die Genehmigung einzuholen, die natürlich nur dann erteilt wird, wenn der Zweck den Behörden genehm ist. Gehässigen Polizeistatuen boten die Bestimmungen eine Handhabe zur Schikanierung der Arbeiterbewegung; Geldsammlungen für Streikende oder Ausgeperrte wurden häufig für genehmigungspflichtig erklärt, eine Genehmigung gab es selbstverständlich nicht. Die Interpretation ging sogar soweit, daß die einfache Empfangsbekundigung eingegangener Sammelgelder oder die Mitteilung, daß eine Arbeiterversammlung beschlossen habe, die Streikenden oder Ausgeperrten materiell nach Kräften zu unterstützen, als „Aufzug zu einer nicht genehmigten Geldsammlung“ erklärt wurde, und zahlreiche Beitragsungen sind deshalb erfolgt. Der Antrag der Fraktion verlangt nun die Streichung dieser Bestimmungen oder Einschränkung eines Satzes, wonach auch zu solchen Sammlungen aufgefordert werden darf. Eventuell wird beantragt, den Satz anzufügen: „Die Bekanntgabe der eingegangenen Beiträge und Auflösungen durch die Presse ist gestattet.“

### Zum deutsch-portugiesischen Handelsvertrag.

In einer Zuschrift an den Handelsvertragsausschuß stecken eine Anzahl in Lissabon ansässiger deutscher Konsule fest, daß in Portugal keine Aussicht auf eine Revision des Vertrages vorhanden sei. Die portugiesische Regierung habe überdies offiziös verlangt lassen, daß die Ablehnung des Vertrages im Reichstag eine deutsch-feindliche Stimmung auslösen und den Boykott deutscher Waren herbeiführen würde.

### Landtagswahlwahl in Landau (Pfalz).

Bei der am Sonntag vorgenommenen Landtagswahlwahl im Wahlkreis Landau (Pfalz) legte der Kandidat der Liberalen mit 2660 Stimmen über die verbündeten Schnapsblock-Parteien, Zentrum und Bund der Landwirte, die 2575 Stimmen auf sich vereinigten. Einen bedeutenden Erfolg errang bei dieser Wahl die Sozialdemokratie. Ihre Stimmen liegen von 326 bei der Wahl im Jahre 1907 auf 1001 Stimmen.

### Aus dem sächsischen Landtage.

Dienstag gab es im sächsischen Landtage einen sogenannten sozialpolitischen Tag. Nicht weniger als vier sozialpolitische Anträge standen auf der Tagesordnung. Die Freisinnigen Dr. Roth und Vizepräsident Vär begründeten zwei Anträge, die die Mitwirkung von Arbeitern bei der Gewerbe-Inspektion und die Errichtung von Beamten- und Arbeiterausschüssen für alle Staatsbetriebe betrafen, in ziemlich matter Weise. Scharfere Töne fanden unsere Genossen Richter und Frähdorf bei der Begründung der Anträge unserer Fraktion betreffs Beseitigung der Abhängigkeit und Bevormundung der Arbeiter in Staatsbetrieben, sowie betreffs der Vererbung von staatlichen Arbeiten. Dann nahm der Minister von Rueger das Wort. Er hielt seine bekannte, arbeiterfeindliche Rede, die er ähnlich schon beim Etat gehalten hat. Er lehnte alles ab, sowohl Beamtenausschüsse als auch den Schutz des Koalitionsrechtes. Als Vertreter der Konservativen sprach Abg. Fabrikbesitzer Hofmann-Meisen, der den Ausführungen des Ministers durchwegs zustimmte. Noch viel arbeiterfeindlicher sprach der Vertreter der Nationalliberalen, Landgerichtsdirektor Hettner, der all die alten, schon vielfach widerlegten Behauptungen von „Verhegung“ usw. wieder aufriefte. Im weiteren Verlaufe der Debatte nahm Genosse Held-Chemnitz Veranlassung, die Ausführungen des Ministers und der bürgerlichen Parteien mit Schärfe zurückzuweisen; u. a. führte er Fälle von krassem Terrorismus des Staates als Arbeitgeber an, in denen Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft gemahnt worden sind. Als Vertreter der Konservativen sprach dann der Gutsbesitzer Schreiber, der das Recht des Herrn im Hause proklamierte. Der Freisinnige Günther griff die Regierung wegen ihrer ablehnenden Haltung gegen die freisinnigen Anträge ziemlich scharf an. Er hoffte aber wieder zurück, indem er ein gewisses Entgegenkommen der Regierung gegen Arbeitgeber bei Streiks empfahl in den Fällen, in denen die Arbeiter die Schuld an dem Streik trifft.

Es ergriffen dann noch zwei Regierungsvertreter das Wort. Der eine beleidigte die sächsischen Arbeiter dadurch, daß er sie für unfähig erklärte, bestimmte Arbeiten auszuführen; es müßten deshalb fremde Arbeiter herangeholt werden. Der andere drohte das leere Stroh der „Verhegung“ usw. Es kam dann ein Schlußantrag.

Genosse Sindermann wies auf das eigenartige Verfahren hin, nach den Erklärungen von Regierungsvertretern Schlußanträge zu stellen. — Der Schlußantrag wurde aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Die Genossen Fleißner und Wirth hatten aber noch Gelegenheit als Antragsteller im Schlußwort vor dem ganzen Lande zu konstatieren, daß nur die Sozialdemokratie eine wirkliche Freundin der Sozialreform sei, besonders auch die nationalliberalen Redner hätten ebenso wie die Konservativen ihre Feindschaft gegen die Sozialreform in der Debatte bewiesen.

Sämtliche Anträge wurden schließlich einer Kommission überwiesen.

So endete der sozialpolitische Tag mit einer klaren Konstatierung der Tatsache, daß die Arbeiter nur in der Sozialdemokratie ihre wirklichen Freunde erblicken können.

### Der Landtag im Großherzogtum Sachsen

wurde am Sonntag mittag eröffnet. Die Zuhörertribünen waren überfüllt. Als erster Präsident wurde der nationalliberale Abgeordnete Döllstedt-Weimar, als erster Vizepräsident der konservative Abgeordnete von Bönnenburg-Stedfeld und als zweiter Vizepräsident, der nationalliberale Abgeordnete Appelius-Eisenach gewählt. In einer Vorbesprechung hatten sich die Freisinnigen und Nationalliberalen bei Besetzung der zweiten Vizepräsidentenstelle auf den freisinnigen Abgeordneten Holz geeinigt, aber das Resultat der Wahl ergab, daß ein paar Nationalliberale umgefallen waren. Obwohl die Konservativen die Wahl eines Sozialdemokraten in die Wahlprüfungskommission verhindern wollten, wurde dennoch Abgeordneter Baudert gewählt. Anstatt der in anderen Ländern üblichen sogenannten Ehrenrede wird hier eine „höchste Propositionsschrift“, die die bürgerlichen Abgeordneten in allerhöchster Ehrfurcht stehend anhören, verlesen. Es wurden darin einige neue Vorlagen angekündigt; bezüglich der mit Vorsicht und Zurückhaltung erfolgten Aufstellung des Etats klang die Klage über die böse Finanzreform heraus.

### Ein tapferer Jungliberaler.

Der Karlsruher Jungliberaler, Stadtverordneter und Kameradschaftsführer Frey hatte bekanntlich in einer Kaisergeburtstagsfeier eine auf die Schiffsabgaben bezügliche Wendung gebraucht, die den preussischen Geandten in Karlsruhe, Eisdenecker, veranlaßte, demonstrativ das Fest zu verlassen. Die Freysche Äußerung war durchaus harmlos — eine liberale Phrase in byzantinische Lobhudeleien eingewickelt. Jetzt macht nun das städtische Hauptsekretariat in Karlsruhe bekannt,

„daß der Vorfall seine allseitig befriedigende Erledigung gefunden hat dadurch, daß sowohl der Oberbürgermeister als — durch dessen Vermittlung — Herr Stadtverordneter und Kameradschaftsführer E. Frey dem kgl. preussischen Geandten die Erklärung abgegeben haben, es tue ihnen leid, daß er sich durch einen Mißverständnis der Rede des Herrn Frey verletzt gefühlt habe, da ein derartiger Erfolg vom Redner weder beabsichtigt noch vorausgesehen war.“

### Die Herzschwäche Schmeemanns.

Sonntag früh ist ein erneutes Urlaubsgesuch des südschlesischen Gouverneurs von Schumann, damit aus Swakopmund, in Berlin eingetroffen. Er telegraphiert, daß er auf ärztliche Anordnung mit dem nächsten Dampfer wegen Herzschwäche in die Heimat zurückkehren müsse, da eine Wiederherstellung der Dienstfähigkeit im Schutzgebiete ausgeschlossen sei.

### Ostereis-Üngarn.

Slovenische Opposition. Aus Graz wird unter dem 1. Februar gemeldet: In der heutigen Sitzung des Landtags legten die Slovenen bei der Beratung des Landesverordnungs mit Opposition an, um ihrer An-

zufriedenheit mit der Behandlung der nationalen Frage Ausdruck zu geben. Die Slovenen hatten lange Neben in slovenischer Sprache. Die Sitzung, die um 10 Uhr vormittags begonnen hat, dauert noch jetzt, 11 Uhr nachts, an.

### Rußland.

### Die Einrichtung eines Geisteskranken in Sibirien.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Wegen Beteiligung am bekannten Überfall auf die Station Besdany stand u. a. auch ein gewisser Swirsky vor dem Wilnaer Kriegsgericht. Da man jedoch mit Bestimmtheit darauf hinwies, daß Swirsky geisteskrank sei, wurde er auf Drängen der Verteidigung hin einer ärztlichen Untersuchung unterworfen. Die Experten, der Moskauer Professor Baschanow und der Wilnaer Psychiater Krainsky, gaben ihr Gutachten in diesem Sinne ab. Der Kriegsgerichtshof erkannte aber dieses Gutachten nicht an, worauf der unzurechnungsfähige Angeklagte zum Tode verurteilt wurde. Glücklicherweise mußte der nämliche Swirsky noch vor dem Gericht in Warschau in Sachen einer Geheimdruckerei erscheinen; die Vollstreckung der Todesstrafe mußte daher aufgeschoben werden. In Warschau erklärten nun wiederum der Petersburger Professor Jakobi und der Warschauer Psychiater Sabaschnikow Swirsky als geisteskrank, und der Warschauer Kriegsgerichtshof richtete sich in seinem Urteil nach diesem Gutachten. Nunmehr sah sich das Hauptkriegsgericht in Petersburg gezwungen, das Wilnaer Urteil auf dem Kassationswege aufzuheben. Als aber der Warschauer Bezirksgerichtshof beschloß, Swirsky einer psychiatrischen Prüfung zu unterziehen, bestand das Wilnaer Gerichtsanfonderbarerweise darauf, daß diese Untersuchung nicht in einem Warschauer, sondern in einem Wilnaer Krankenhaus erfolgen soll. Die Kassierung des Wilnaer Urteils hat nämlich die Wilnaer Behörden verlegt. Die Entscheidung des Hauptkriegsgerichts wird dort gar als ein „Sieg der Freunde Swirskys“ erachtet. Das bevorstehende neue Urteil soll darum das alte bestätigen und somit der Gerechtigkeit, in erster Reihe aber den Wilnaer Kriegsgerichten, Genugtuung verschaffen. Eine neue Kassierung ist dann nicht mehr zu befürchten, denn es hängt ja vom kommandierenden General des Wilnaer Militärbezirks ab, ob die eventuelle Berufung zugelassen sei oder nicht. Gekränkter antiker Ehrgeiz kann also dazu führen, daß ein Irrsinniger hingerichtet werden wird. Denn wenn auch der Wilnaer Gerichtshof, der in der Sache zu entscheiden hat, aus anderen Richtern als das erstmalig sich zusammensetzen muß, so ist bei der im Laufe des Prozesses hervorgerufenen Stimmung kaum anzunehmen, daß die neuen Richter ihren Chef, der bei den früheren Verhandlungen präsidiert hat, desavouieren werden. Ja, fast gewinnt es den Anschein, als ob die Tatsache, daß einige hervorragende Politiker Frankreichs aus Mitleid für den Unglücklichen Partei ergriffen und dies in einem Schreiben zum Ausdruck gebracht haben, auf die Wilnaer militärischen Richterkreise zum Schaden des Angeklagten gewirkt hat. Wer sich nämlich gegenüber Rußland auf Menschlichkeitsforderungen beruft, dem soll eben die russische Knute gezeigt werden.

### England.

Die Wahlen. Die Liberalen haben den Wahlkreis Bick gewonnen. In Irland wurden gestern 2 Anhänger von O'Brien im Wahlkampf gegen Anhänger Redmonds gewählt. Das Wahlergebnis ist bis jetzt folgendes: 271 Unionisten, 273 Liberale, 41 Vertreter der Arbeiterpartei und 82 Nationalisten. Unter diesen befinden sich 11 Anhänger von O'Brien, sogenannte unabhängige Nationalisten.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 2. Februar.

Achtung, Stukkatoren und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkatur und Hilfsarbeiter gesperrt.

Die Anstellung von Schulärzten in Lübeck, welche im Oktober 1907 von der Bürgerschaft beschlossen wurde, hat sich gut bewährt, wie aus dem interessanten Gesamtbericht über die Tätigkeit der Schulärzte im Jahre 1908/09 zu entnehmen ist. Nachstehend bringen wir einen Auszug aus diesem Bericht, der allgemeinen Interesse verdient:

Wie an anderen Orten, so zeigt sich auch in Lübeck, daß die allgemeine Körperbeschaffenheit und der Ernährungszustand bei den Knaben-Volkschulen ungünstiger ist als bei den Knaben-Mittelschulen. Das gleiche Verhältnis findet sich bei den Schülern der Mädchen-Volkschulen und der Mädchen-Mittelschulen. Von den insgesamt untersuchten 2808 Knaben der Volkschulen wurden nur 615 = 21,9 Prozent als „gut“, 2113 = 75,21 Proz. als „mittel“, 80 = 2,80 Proz. als „schlecht“ bezeichnet, während bei den Mittelschülern der gleichen Jahrgänge von 757 Knaben 277 = 36,59 Proz. als „gut“, 473 = 62,43 Proz. als „mittel“, 7 = 0,92 Proz. als „schlecht“ erachtet wurden. Noch erheblicher stellt sich der Gegensatz zwischen den Schülern in den Volkschulen und der Mittelschulen, da von erproben 20,57 Proz. als „gut“, von den Mittelschülerinnen dagegen 47,16 Proz. als „gut“ erachtet wurden. Unter den Volksschülerinnen befanden sich 3,26 Proz. als „schlecht“, unter den Mittelschülerinnen nur 0,89 Proz. als „schlecht“ bezeichnet. Es erhellt aus diesen Zahlen, daß bei den Volkschulen die Knaben im ganzen um ein Geringses besser als die Mädchen befunden wurden, während bei den Mittelschulen sich ein weit erheblicher Unterschied zugunsten der Schülerninnen vorfindet, nämlich 47,16 Proz. „gute“ Schülerninnen gegen 36,59 Proz. „gute“ Schüler.

Interessant ist es, die Wandlungen des allgemeinen Zustandes durch die verschiedenen Jahrgänge der Schulen zu verfolgen. Sowohl in den Volkschulen wie namentlich aber in den Mittelschulen zeigt sich anscheinend ein verschlechternder Einfluß des Schulbesuchs, da in dem zweiten Jahrgang durchweg der Bestand an körperlich gut zensierten Schülern und Schülerninnen ganz merklich geringer wurde. Dieses ungünstige Verhältnis war bei den Schülern der Volkschulen erheblicher als bei den Schülerninnen derselben, aber bei den Schülerninnen der Mädchen-Mittelschule ganz überraschend groß, da eine Verschlechterung vom 1. zum 2. Schuljahre um mehr als 16 Proz. nachzuweisen war, während sie bei den Knaben der Mittelschule immerhin noch 7 1/2 Proz. betrug. Es trifft dies mit den auch anderweitig ärztlich gemachten Beobachtungen überein, daß gerade die dem äußeren Ansehen nach kräftigeren und besser genährten Kinder der günstiger situierten Klassen stärker vom Schulbesuch zu leiden haben als die Kinder in den Volksschulen, was ja zum Teil in der härteren Forderung

Nahme der Kinder durch die gesteigerten Ansprüche in den mittleren und höheren Schulen seine Erklärung findet. Bei den Knaben der Volksschule ist dann weiterhin bis zum 6. Jahrgange wieder eine Besserung der Konstitution wahrzunehmen, während bei den Mittelschülern nach einer Besserung im 4. Schuljahre weiterhin im 6. Jahre wieder eine Verschlechterung deutlich wird. Ein gleicher Unterschied in der Entwicklung der Jahrgänge zwischen Volksschulen und Mittelschulen besteht auch bei den Schülerinnen.

Was nun die einzelnen aufgefundenen Mängel und Krankheitsgruppen betrifft, so zeigte sich Futurum bei den Volksschülern fast doppelt so häufig als bei den Mittelschülern, bei den Mädchen der Volksschulen fast 1 1/2 mal so stark als bei den Schülerinnen der Mittelschulen. Ganz besonders in die Augen fällt aber der Unterschied bei der Skrophulose, da von den Volksschülern 10,15 Proz., von Mittelschülern nur 1,85 Proz. als skrophulös bezeichnet werden, während unter den Mädchen in den Volksschulen 12,06 Proz. skrophulöse Kinder, in den Mittelschulen nur 2,3 Proz. sich vorfinden. Auch die Verkrümmungen an Brustkorb, Wirbelsäule und Gliedmaßen waren bei beiden Geschlechtern in den Volksschulen häufiger als in den Mittelschulen. Ein Unterschied zwischen den Geschlechtern zeigt sich nur deutlich bei Verkrümmungen der Wirbelsäule, die bei den Schülerinnen zahlreicher als bei den Schülern zur Beobachtung kamen. Mängel der Lungen wurden in den Volksschulen häufiger bei den Knaben, in den Mittelschulen häufiger bei den Mädchen notiert. Die auffällig hohe Zahl von Mängeln der Bauchorgane bei den Kindern der Volksschulen (5,73%) wird bedingt namentlich durch die seitens eines Schularztes (2. Bezirk) über Phimosen und Kryptorchismus gemachten zahlreichen Vermerke. Unterleibsbrüche waren bei den Knaben und Mädchen der Volksschule wesentlich zahlreicher als in den Mittelschulen.

Hautkrankheiten waren stärker in den Volksschulen vertreten als in den Mittelschulen, sie betrafen sich bei den Knaben in den Volksschulen auf 3,28 Proz. Von einem Schulärzte wird betont, daß bei der 1. St. Lorenz-Knabenschule, wo ein Brausebad nicht vorhanden ist, auffällig mehr Hautausschläge ansteckender Art zu beobachten waren, als in den beiden andern ihm unterstellten Schulen, in welchen die Kinder regelmäßig gebadet wurden. Parasiten (Nagelzefer) wurden nur in Volksschulen, nämlich bei 90 Mädchen (3,26 Proz.) und nur bei 5 Knaben (0,19 Proz.) konstatiert.

Schlechte Zähne waren bei beiden Geschlechtern in den Volksschulen sehr viel häufiger als in den Mittelschulen. Das gleiche gilt von den Erkrankungen des Nasenraums. Sprachstörungen wurden in den Volksschulen etwas häufiger als in den Mittelschulen beobachtet. Das gleiche war bei Augenkrankheiten der Fall, während die Kurzsichtigkeit sich im ganzen bei den Mittelschulen um ein Geringeres, bei Knaben um 0,22 Proz., bei den Mädchen um 0,06 Proz. höher stellte als bei den Volksschulen. Im übrigen fand sich bei den Knaben sowohl in der Volksschule wie in der Mittelschule vom ersten Schuljahre ab ein Ansteigen der Zahl der Kurzsichtigen, bei den Mittelschulen allerdings in etwas höherem Maße als bei den Volksschulen. Bei den Mädchen war das Ansteigen nicht so gleichmäßig zu erweisen, sondern wurde schon im zweiten Schuljahre eine erhebliche Zunahme der Kurzsichtigkeit konstatiert. Es wird hierbei wohl zu berücksichtigen sein, daß die Untersuchung auf Kurzsichtigkeit im ersten Jahrgange infolge Schwierigkeit der Untersuchung nicht stets einwandfreie Resultate zeitigen wird. Ohrenleiden fanden sich an den Volksschulen etwa doppelt so häufig als an den Mittelschulen, auch die Schwerhörigkeit war bei ersteren weit zahlreicher. Nervenkrankheiten wurden unter den Schülerinnen der Mädchenmittelschule 2mal (0,85 Proz.) festgestellt, während bei den Volksschülerinnen und bei den Knaben beider Schulgattungen etwas über 1 Proz. aufgefunden wurden. Geistliche Mängel wurden in den Mädchenmittelschulen überhaupt nicht, in den Knabenmittelschulen bei 3 Schülern (0,4 Proz.) wahrgenommen, während sie häufiger in den Volksschulen, namentlich in den unteren Jahrgängen zur Beobachtung kamen. Von ungünstigen häuslichen Verhältnissen wurde nur in einem Falle in den Mittelschulen und zwar bei einer Schülerin, aber bei 102 Fällen aus den Volksschulen berichtet.

Die in den Sprechstunden und bei den Klassenbesuchen wahrgenommenen Erkrankungsfälle waren mannigfacher Art. Vorwiegend handelte es sich um Augen oder Ohrenleiden, um Erkrankungen des Nasenraums, um Tränenströmungen, Skrophuloseerkrankungen, Hautausschläge, Blutarmut, anämische Herzkrönung. Gelegentlich gelang es auch, akute Erkrankungen anfeindender Art, Diphtherie, Scharlach, Mandelentzündungen, Hautkrankheiten, Masern, Infuenza, fieberhaften Katarth in der Sprechstunde zu konstatieren und durch Ausschluß der Kinder die Ausbreitungsfahr für die übrigen Schüler zu beschränken. Das vereinzelt bei den Eltern vorgekommene Mißverständnis, daß die Einrichtung der Schulärzte zugleich eine unentgeltliche Behandlung der Kinder gewähren solle, fand gelegentlich auch darin seinen Ausdruck, daß die an Bruch leidenden Kinder von den Eltern angewiesen wurden, sich in der Sprechstunde zu melden, um unentgeltlich ein Bruchband zu erhalten. Die Zahl der in schulärztliche Überwachung genommenen Kinder betraf sich in 9 Schulbezirken, von denen Zahlenangaben vorhanden, im ganzen auf 1608.

Ein wesentlicher Segen der schulärztlichen Einrichtung ist mit Recht davon erwartet worden, daß durch die Schulärzte bei den Schülern Krankheiten festgestellt und die Kinder der ärztlichen Behandlung überwiesen werden in Fällen, wo sonst solche Behandlung infolge Unkenntnis des Krankheitszustandes nicht stattfinden und vielleicht eine dauernde Schädigung des Kindes eintreten würde. Zu diesem Zwecke sind die schulärztlichen Mitteilungen an die Eltern vorgesehen, in welchen seitens der Schule den Eltern Mitteilung von der beim Kinde aufgefundenen Erkrankung und der Notwendigkeit ärztlicher Behandlung gemacht wird. Diese Mitteilungen sind anlässlich der Jahrgangsuntersuchungen im Berichtsjahre in großer Zahl erfolgt. Es sind in den Knabenvolksschulen an die Eltern 375 solcher Mitteilungen ergangen, von denen 377 ärztliche Behandlung anrieten. Bei den Mädchenvolksschulen belief sich die Zahl der Mitteilungen auf 408, wobei 285 mal ärztliche Behandlung notwendig erschien. Bei den Mittelschulen ist für Knaben 93 mal ärztliche Behandlung angeraten worden, für Mädchen 70 mal. Auch anlässlich der Untersuchungen in den Sprechstunden sind zahlreiche Mitteilungen an die Eltern ergangen (in 8 Schulbezirken, aus welchen Zahlenangaben vorhanden, 1353 Mitteilungen). Ein erschöpfendes Zahlenmaterial darüber, in wie vielen Fällen ärztliche Behandlung für die Kinder hierdurch herbeigeführt ist, liegt nicht vor. Die Urteile der einzelnen Schulärzte gehen über den Erfolg der Mitteilungen etwas auseinander. Während in einzelnen Schulen in den meisten Fällen den Mitteilungen Folge gegeben wurde, war dies in andern Schulen auch bei Wiederholung der Aufforderung nicht der Fall. Bei den Knabennittelschulen liegt genaueres Zahlenmaterial vor: in 93 Fällen war ärztliche Behandlung angeraten worden, in 63 Fällen ist sie erfolgt. Nach den sonst von den Schulärzten gemachten Mitteilungen darf angenommen werden, daß

im Durchschnitt etwa die Hälfte der Aufforderungen, für die Kinder ärztliche Behandlung herbeizuführen, von den Eltern berücksichtigt worden ist. Das würde bei der Gesamtzahl von über 2000 Mitteilungen doch immer einen erfreulichen Erfolg im Interesse der Schulkinder bedeuten. Es scheint, daß die Eltern sich dann leicht zu ärztlicher Behandlung verstanden haben, wenn ihnen solche durch Mitteilichkeit bei Kassen unentgeltlich zur Verfügung stand, während gerade bei den besser situierten Familien der Mittelschüler, wo kein Kassenarzt vorhanden war, die Aufforderung manchmal erfolglos blieb. Sicherlich darf die teilweise Erfolglosigkeit dieser Aufforderung nicht Veranlassung werden, verstimmt von einer Fortsetzung dieser Bestrebungen abzusehen. Es wird die Aufgabe weiterer Überlegungen sein, Mittel und Wege zu finden, um ärztliche Behandlung der Kinder in solchen Fällen herbeizuführen, wo das Nachsuchen ärztlicher Hilfe nicht durch mangelnden guten Willen, sondern bei fehlendem Anrecht auf unentgeltliche ärztliche Behandlung durch Mittellosigkeit bedingt wird. Die hygienischen Beanstandungen der Schulräumlichkeiten seitens der Schulärzte sind nicht sehr zahlreich gewesen. Sie sind in drei Schulbezirken überhaupt nicht vorgekommen.

**Gefundene Gegenstände.** Im Monat Januar d. J. sind beim Polizeiamt aus gefundenen eingeleistet und nicht wieder abgefordert worden: Diverse Portemonnaies mit und ohne Inhalt, sowie lose Geldbeträge, 1 Handtasche mit über 80 Mk. Inhalt, mehrere gold. Broschen, 1 Medaillon, 1 Taschenuhr, 1 Halskette, 2 Damenschirme, mehrere Damenhandtaschen, 1 Damengürtel, eine schwarze Damenschürze, 1 Kinder-Hut, 1 Borbend, 2 Paar Mantelknöpfe, 4 Kragen, 1 Kutsche, 1 Paar Handschuhe, Wolle und 2 Weitschen.

**pb. Zechpreller.** Festgenommen wurde ein Schlosser, der sich in einer Wirtschaft an der Untertrave der Zechprellerei schuldig machte.

**pb. Geister Schinkenbich.** Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der vor einiger Zeit einen Schinken gekloppt hat.

**pb. Diebesbeute.** Festgenommen wurde ein Schweizer aus Caruar in Ungarn, der seitens der Großherzoglichen Anstaltswirtschaft in Gutin wegen Unterschlagung steckbrieflich verfolgt wird. In seinem Besitze wurden folgende Gegenstände vorgefunden, deren rechtmäßigen Erwerb er nicht nachzuweisen vermag. 1 silberne Herren-Remontoiruhr mit zwei verzierten Goldrändern, welchem Zifferblatt mit arabischen Zahlen und der Fabriknummer 1125, 1 silberne Herren-Remontoiruhr mit 2 verzierten Goldrändern und arabischen Zahlen. Der äußerste Kreis des Zifferblattes ist mit kleinen Punkten von gelbem Metall verziert, die Uhr trägt die Fabriknummer 4609, eine neue Dubleo-Herrenuhrkette, 1 Kaiser-Regenmantel aus gelbem Metall, 1 goldener Herren-Siegelring, zwei verschlungene Schlangen darstellend, 1 goldener Trauring, gezeichnet H. 00 und 1 Taschenuhr mit schwarzer Schale, auf der Klinge des Messers befindet sich ein Stempel G. Butter-Bauern. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Sachen aus einem Diebstahl herrühren.

**pb. Gestohlene Stiefel.** Aus einem Hause in Rothehof sind ein Paar gut erhaltene, neu beschlachte Schnallenstiefel abhanden gekommen und vermutlich von einem Bettler gestohlen worden.

**Gastspiel des Wissenschaftlichen Theaters Urania, Berlin.** Unter den anziehenden Erscheinungen, die das starke Bildungsbedürfnis des deutschen Volkes ins Leben gerufen hat, ist keine, die sich an Ursprünglichkeit der Idee und an Eigenartigkeit des Gebotenen dem Berliner Wissenschaftlichen Urania-Theater an die Seite stellen könnte. Sein Ziel ist, der Aneignung des Wissens durch die Darbietung in einer künstlerisch schönen und fesselnden Form alles Beschwierliche und Trockene zu nehmen. Alles Anschauliche wird an die erste Stelle gesetzt und auf diese Weise die Vermehrung des Wissens, das ja heute eine Macht ist, in anregendster und geradestruendster Weise erreicht. Das Urania-Theater bedient sich zu seinen Vorführungen der Bühne; statt der Menschen agiert hier aber die Natur; die Natur selbst spielt hier Theater, im besten Sinne des Wortes. Bisher war es nur den Berlinern vergönnt, die Leistungen der Urania, die sich längst Weltruf erworben haben, zu bewundern. Kein Fremder, der nach Berlin kam, verläumte, diese Lebenswürdigkeit der Residenz zu besuchen. Jetzt erst, nach zwanzig Jahren, hat die Urania sich entschlossen, durch Gastspielreisen die gleichen Erregungsphasen auch anderen Orten zuteil werden zu lassen. Die gegenwärtige Rundreise des Gastspiels, die zweite ihrer Art, wird auch unsere Stadt betreffen. Das Neue Stadt-Theater hat 2 Vorstellungen des Urania-Gastspiels abgegeschlossen, die am Sonntag, 6. und Montag, 7. Februar, nachmittags 3 Uhr stattfinden werden. Es sei noch darauf hingewiesen, daß die erste Gastspielreise eine Reihe der größten Städte des Reiches berührt hat.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen Donnerstag kommt Mozarts große Oper „Die Zauberflöte“ zur Wiederholung. — Am Freitag geht Bizets große Oper „Carmen“ nochmals in Szene.

**Stadthallen-Theater.** Man schreibt uns: Am Freitag abends 7 1/2 Uhr gelangt das erfolgreiche Lustspiel „Ein idealer Gatte“ von Oskar Wilde zur nochmaligen Aufführung.

**Schlutup.** Eine öffentliche Volksversammlung in der Frau Selma Steinbach-Hamburg über das Thema „Praktischer Idealismus im Klassenkampf“ sprechen wird, findet am Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof zur Post statt. Zahlreicher Besuch der Arbeiter und deren Frauen ist notwendig.

**Hamburg.** Die Bürgerchaftswahlen. Im Laufe des Februar finden die Wahlen zur halblichstigen Erneuerung der Hamburger Bürgerchaft statt. Es scheiden aus 80 Mitglieder der Bürgerchaft: 40 in den allgemeinen Wahlen gewählte, 20 von den Grundeigentümern und 20 von den Notabeln gewählte Mitglieder. Für diese Wahlen sind allein im Stadtgebiet 146 Kandidaten von den fünf Fraktionen aufgestellt. Gestern, am 1. Februar, fanden die allgemeinen Wahlen statt, bei denen 35 Bürgerchaftsmitglieder im Stadtgebiet und 4 im Landgebiet gewählt wurden. Das Resultat, wie es in der Versammlung der Vereinigten Liberalen bekanntgegeben wurde, stellt sich wie folgt:

Auf die Rechte entfielen in der 1. Gruppe 82 097, in der 2. Gruppe 15 487 Stimmen, auf das linke Zentrum in der 1. Gruppe 27 233, in der 2. Gruppe 13 602 Stimmen, auf die Linke in der 1. Gruppe 38 932, in der 2. Gruppe 22 474 Stimmen, auf die Vereinigten Liberalen in der 1. Gruppe 41 238, auf die 2. Gruppe 47 683 Stimmen, auf die Sozialdemokraten in der 1. Gruppe 10934, in der 2. Gruppe 129275 Stimmen. Danach würden erhalten die Rechte in der 1. Gruppe 5 Mandate, in der 2. Gruppe kein Mandat, das linke Zentrum in der 1. Gruppe 4 Mandate, in der 2. Gruppe kein Mandat, die Linke in der 1. Gruppe 7 Mandate, in der 2. Gruppe 1 Mandat, die Vereinigten Liberalen in der 1. Gruppe 7, in der 2. Gruppe 3 Mandate,

die Sozialdemokraten in der 1. Gruppe 1 Mandat, in der 2. Gruppe 8 Mandate.

Auf dem Landgebiet wurde ein Mitglied der Vereinigten Liberalen gewählt, während es in drei Bezirken zu Stichwahlen kommt, bei denen die Sozialdemokraten den Ausschlag geben. Wahrscheinlich werden die drei Mitglieder der Vereinigten Liberalen, die mit in Stichwahl stehen, gewählt werden.

**Kiel.** Metallarbeiter nach Kiel gesucht. Verschiedene große Firmen der Metallindustrie hier am Orte suchen durch Inzerate in auswärtigen Blättern fortgesetzte Arbeitskräfte nach Kiel zu locken. Insbesondere werden Kernmacher, Formner und dergleichen verlangt. Veranlaßt durch eine Menge Anfragen von Metallarbeitern aus dem Inneren Deutschlands, sieht die hiesige Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes sich veranlaßt, öffentlich darauf hinzuweisen, daß die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Metallbranche bei den hier herrschenden hohen Lebensmittelpreisen durchaus nicht die rosigsten sind. Anstatt Verbesserungen sind Lohn- und Akkordabzüge an der Tagesordnung. Insbesondere ist das im Siebereigewerbe der Fall. Schon vor drei Jahren versuchten die Arbeiter einen Anfangslohn von 45 Pfennig pro Stunde zu erringen. Im Gegenteil geht man jetzt dazu über, nur 40 Pf. zu gewähren. Auswärtigen Arbeitern, die nach Kiel wollen, werden Besprechungen gemacht, um sie nachher nicht zu halten. Um ein Bild von den Zuständen auf der Germaniawerft zu geben, sei folgendes erwähnt: Werden da 13 Kernmacher durch Vertreter beim Betriebsingenieur um die Gewährung einer Lohnzulage vorstellig. Nachdem man sie zuerst brüsk behandelt, erhalten die Leute die Zulage, daß drei Mann ganze zwei Pfennige, zehn je einen Pfennig Zulage haben sollen, die übrigen beiden dagegen nicht. Dieses hochherzige Anerbieten wurde jedoch von zehn Kernmachern abgelehnt, sie schüttelten den Staub von ihren Füßen und verließen die Arbeitsstätte. Außer der Germaniawerft sind es namentlich Howaldtswerke, Neufeldt und Kuhnke usw., die auswärtige Arbeitskräfte suchen.

## Theater und Musik.

**Stadthallen-Theater.** Die ersten Menschen, erotisches Mysterium in zwei Akten von Otto von Guericke. Wir haben vor wenigen Tagen mitgeteilt, daß J. die Jenur Vorngräbers „Erste Menschen“ in München und anderen Städten am „Gründen der Sittlichkeit“ verboten hatte. Damit hat man dem Verfasser sicherlich den größten Dienst erwiesen, denn ohne diese unreifwillige behördliche Reklame würde das Werk schwerlich so viel Aufsehen erregt haben, als das jetzt der Fall ist. Die „ersten Menschen“ sind zwar denjenigen der biblischen Überlieferung nachgeformt, aber ihre Sprache stammt nicht aus der Zeit der Urwildnis. Sie klingt vielfach poetisch und bildreich, teils aber auch recht gefällig und geschraubt. Der Drang des Weibes zum Manne, des Mannes zum Weibe, ist das Motiv, welches aus der Dichtung herausklingt, herauskriecht. Chama sehnt sich nach der Amarnung Adahms, die dieser nicht mehr gewähren kann. Rajin vergeht in Brunn nach dem milden Weib, das er nirgends findet. Er erschlägt den naiv-frommen Bruder Chabel, als er bemerkt, daß Chama diesem gewähren will, was sie ihm versagt: ihren Leib.

Die Wiedergabe der „ersten Menschen“ war vortrefflich. Herr Rottmann zeichnete den Rajin gigantisch in seiner Begierde, erschütternd in seiner Verweigerung; wild klang der Fluch gegen Gott von seinen Lippen. Nicht minder wirkungsvoll war der weitertrübe, kindliche Chabel des Herrn Ador. Der impotente Vater Adahm des Herrn Wentsch h a u s vermochte dagegen kein größeres Interesse zu erwecken, was nicht Schuld des Künstlers, sondern seiner Rolle war. Woller sinnlicher Glut gab Herr R a b i t o w die Chama. Wenn trotz der fesselnden Darstellung beim Publikum keine rechte Stimmung Platz greifen wollte, so lag das in der Hauptsache daran, daß die Stadthalle kein geeigneter Raum für Vorstellungen ist, die größere Anforderungen an die Illusion des Publikums stellen. Vieles von den gesprochenen Wortengängen ging verloren, anderes teilweise. Der Besuch war sehr zahlreich; aber die Neugierde, nicht das Interesse an Neuerscheinungen der dramatischen Literatur, dürfte bei den meisten der Erschienenen die Triebfeder gewesen sein. Mit den Künstlern zeigte sich auch der Dichter einigemale dem Auditorium.

## Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.  
Dienstag, 1. Februar.  
D. Danja, Kapl. Schmalfeldt, von Libau in 60 St.  
D. Meta, Kapl. Gler, von Schwarn in 3 1/2 St.  
D. Stadt Stralsund, Kapl. Christlich, von Rostock in 6 St.  
D. Expreß, Kapl. Davidson, von Flensburg in 24 St.  
D. Palmstad, Kapl. Berg, von Kopenhagen in 6 St.  
D. Pehr Brahe, Kapl. Lindroos, von Kopenhagen in 15 St.  
Von Travemünde abgegangene Schiffe:  
Dienstag, 1. Februar.  
D. Beowulf, Kapl. Hansen, nach Bremen.  
D. Post, Kapl. Meinke, nach Bremen.  
D. Hermine, Kapl. Probst, nach Neufeldt.  
Anna Christina, Kapl. Hagelstein, nach Neufeldt.  
Schiffsbewegungen.  
D. Agir, Kapl. Favorin, ist gestern früh in Dangoe angekommen.  
D. Finland, Kapl. Blomberg, ist gestern mittag in Abo angekommen.

**Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 1. Februar.**  
Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission.  
Auftrieb 5950 Schweine. Die Zufuhr zum Schweinemarkt war noch nicht völlig beendet. Der Handel misdelte sich recht schleppend ab. Voraussichtlich werden etwa 200 Stück unverkauft bleiben.  
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara- und 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 68.— bis 69.— (54,50 bis 55.—) Mk. Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 67.— bis 68.— (53,50 bis 54,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 67.— bis 68.— (52,50 bis 53,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 67.— bis 68.— (52,50 bis 53,50) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 61,50 bis 65,50 (40,50 bis 50.—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 64,50 bis 65,50 (51,50 bis 52,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Proz., 58,50 bis 62.— (45,50 bis 48,50) Mk.

## Quittung.

Der Parteikasse wurden von der Kunsttrahergruppe „Frisch auf“ 20 Mk. überwiesen.  
Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei für den Wahlkreis Lübeck.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargemeinden“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Stöckigt für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stöckigt  
Verleger: Th. Schwärz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

### Telephonisch

können Inserate nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgebener Inserate übernehmen wir keine Garantie und können event. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigen.

Expedition des „Lübecker Volksboten“.

# „Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von

## Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“) - Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Für den modernen Arbeiter bietet das Studium der Lübschen Geschichte eine Fülle interessantes, in der gewerkschaftlichen Agitation mit Erfolg zu verwendendes Material. Sowohl die Entwicklung des Handwerks im allgemeinen, als auch die staatsbürgerliche Stellung der Handwerker in Lübeck selbst, sowie ihr Ausschluss von der Staatsgewalt bis auf den heutigen Tag und die hieraus entstandenen bürgerlichen Unruhen, der Verfall der früher so mächtigen und im Mittelalter auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens so einflussreichen Zünfte, die weitverzweigten Gesellenverbände usw. bieten zur Genüge Stoff zur Unterhaltung und Belehrung für jeden einzelnen dar.

„Wie lange noch und Lübeck ist Großstadt geworden. Mit dem dann sich entwickelnden großstädtischen Leben, Hasten und Treiben wird die Kenntnis der vaterländischen Geschichte bald dem Gedächtniss der Zeitgenossen entschwunden sein. Die kommende Generation wird wenig oder gar nichts mehr von der wirklich großartigen Entwicklung unseres städtischen Gemeinwesens wissen, und doch ist die Kenntnis der Lübschen Geschichte gerade für diese am aller notwendigsten“ schrieb der Verfasser im Vorwort zu seinem Werke

### „Bilder aus Lübecks Vergangenheit“.

Diesem Gedanken Rechnung tragend, erklärt sich der Verlag bereit, den Ladenpreis für das in Leinwand gebundene Exemplar von Mk. 5.00 auf **Mk. 3.00** v. Mk. 4.00 auf **Mk. 2.00** herabzusetzen. Bestellungen werden jederzeit von unseren Kolporteurs, Zeitungs-austrägern und in der Expedition des „Lübecker Volksbote“, Johannisstrasse 46, entgegengenommen und prompt ausgeführt.

## Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“. Johannisstr. 46.

Am 1. April Zwei- und Dreifamilienwohnungen zu vermieten. Näheres Marktstraße 82, part.

Suche junges Mädchen zur Erlernung der Schneiderei u. Nähterzeichnen. Johannisstr. 43, III.

3 flotte Damen-Maskenanzüge zu vermieten. Fischergrube 29, I.

Maskenkostüme für Herren und Damen.

L. Langhoff-Schaeffer Ww., Nachf. Unterstraße 66, II. u. d. Fischergrube.

Ein flotte Damen-Maskenanzug zu vermieten. Meierstraße 21.

Damenmaskenanzüge zu vermieten. Reiferstraße 43, part.

Drei flotte Damenmaskenanzüge billig zu vermieten. Künzbaufen 5. Laden.

1 Damenmaskenanzug zu vermieten. Klappenstraße 29, I.

Ein flotte Damenmaskenanzug (Wasserritze) billig zu vermieten. Brokingstraße 60, III.

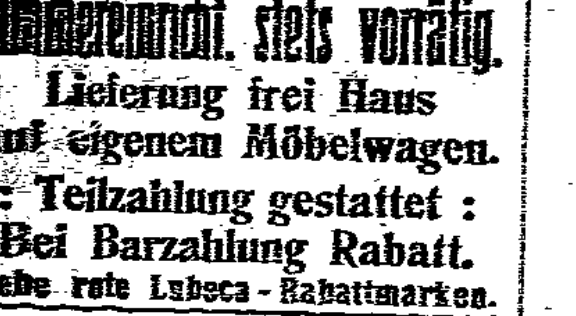
Eine gut erhaltene Mandoline mit Klappen billig zu verkaufen. Seebornstraße 14, III.

**Geld** Darlehen, Hypoth., Betriebskap. jeder Art u. Höhe an jedermann. A. Reiche, Breitestrasse 51, 2. Et. Treppe 2.

Vortreffliche Hustenbonbons 20 Pfg. und 30 Pfg. Adler-Drogerie, Schwartau. Inh.: Robert Tern.

**Carl Folkers Möbelmagazin** 25 Marlesgrube 25. Vollst. Wohnungseinrichtungen. Selbstgefertigte Arbeiten. Größte Auswahl. Billigste Preise. Weltgegendste Garantie.

Stimmereinricht. stets vorrätig. Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen. Teilzahlung gestattet: Bei Barzahlung Rabatt. Jede rote Lubeca-Rabattmarken.



**HANSA Puddingpulver** ist das Beste! Nahrungsmittel-Fabrik „Hansa“ Hamburg. Für 20 „Hansa“-Dosen erhalten Sie eine Dose II. Klasse gratis.

Das Wilsig, I. Ballstraße 15 a. Telefon 2965.

**Panorama Bayern.** Breitenstr. 53, I. u. II. Der Staraberger See. Eine Über, Besuch des Königl. Schlosses Berg.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt

**Meggendorfer-Blätter**  
München 22 Zeitschrift für Humor und Kunst  
2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theaterstr. 41

Kein Besucher der Stadt München sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion, Theaterstraße 41 III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Schmiedestr. 20. **Tonhalle** Schmiedestr. 20. (Pariser Kinema)

Mohrchen als Mädchen für alles. — Eine kritische Lage. — Vor und nach der Hochzeit. — Schauspieler als Herzensräuber. — Nutzbringende Selbstmordversuche. — Faustrecht im Westen.

**Die Söhne Eduards. Die Tochter des Schmugglers. Die Mühle.** Dramas.

Pfeife als Buchhalter. — Saharet als Barfußstänzerin. Die Direktion.

**Central-Biograph**  
Mühlenstr., Ecke Königstr.  
Heute auf allen Plätzen — 10 Pfg. —  
Im Namen des Kaisers.  
Drama aus Napoleon I. Kriegszeit heute zuletzt.

**Arbeiter-Radfahrerverein**  
**Versammlung**  
am Donnerstag, 3. Februar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Der Vorstand.

**Achtung Maler!**  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Donnerstag, 3. Februar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
1. Delegiertenwahl zur Generalversammlung.  
2. Bericht des Ortsratsamts.  
3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands**  
Zahlstelle Lübeck.  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Donnerstag, 3. Februar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kameraden Goldt-Hamburg über: „Fragen der Laft bei Lohnbewegungen.“  
2. Kartellbericht.  
3. Innere Verbandsangelegenheit.  
Der Vorstand.

**Restaurant zum Landhaus Schönböken.**  
Sonntag, den 6. Februar 1910:  
**Große Tanzmusik.**  
Hierzu ladet freundlichst ein  
Aug. Kost.

**Stadthallen-Theater.**  
Freitag, 4. Februar. 7 1/2 Uhr.  
**Ein idealer Gatte.**  
Lustspiel von Oskar Wilde.  
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14 und Ros, Kohlmarkt 18.

**Neues Stadttheater.**  
Donnerstag, 3. Februar. 7 1/2 Uhr.  
Boll-Pl. 120. Donnerstag-Ab. 19.  
**Die Zauberflöte.**  
Große Oper von Mozart.  
Soprano Herr Weiker als Gastsänger.  
Freitag, 4. Februar. 7 1/2 Uhr.  
**Carmen.**  
Oper von Bizet.  
Vorläufige Anzeige.  
Sonntag, 6. u. Montag, 7. Februar nachm. 3 Uhr: bei Nachm.-Preisen  
Zmaliges Gastspiel des  
**Wissenschaftlichen Theaters der „Urania“, Berlin.**

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 1. Februar 1910.

28. Sitzung, Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück, von Schoen, Dernburg, Vermuth.

### Abstimmung über Ledebours Appell.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die Abstimmung über die Einsprache des Abg. Ledebour (SD.) gegen den ihm am 29. Januar vom Vizepräsidenten Erbprinz zu Hohenlohe erteilten Ordnungsruf.

Der Ordnungsruf wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen für gerechtfertigt erklärt.

### Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit Portugal.

Berichterstatter Abg. Hermann (Fvpt.) empfiehlt namens der Kommission Ablehnung des Vertrages.

Derold (F.): Meine Freunde halten den Vertrag für verhältnismäßig ungünstig für Deutschland. Doch werden sie teilweise für den Vertrag stimmen, weil sie einen vertragslosen Zustand für noch ungünstiger halten. Andere werden ihn ablehnen, weil sie von künftigen Verhandlungen besseres erwarten.

Rampf (Fvpt.): Der Unmut über den Vertrag ist berechtigt, aber die Industrie zieht ihn einem vertragslosen Zustand vor. Auch ist darin die Weisbegünstigung und eine Bindung der Zollsätze erreicht. Die Mehrzahl meiner Freunde wird ihn daher gutheissen.

Graf von Schwerin-Löwitz (R.): Wir werden einstimmig den Vertrag annehmen, damit die Handelsbeziehungen keine Störung erleiden.

Dr. Stresemann (R.): Würde selbst durch Ablehnung des Vertrags unsere Ausfuhr nach Portugal, d. i. 30 Millionen, ganz verschwinden, so wäre das nur eine leichte Zuckung für unser Wirtschaftswesen. Ich glaube in Portugal herrscht ein größeres Interesse als bei uns, einen vertragslosen Zustand zu vermeiden. (Sehr richtig! b. d. Stat.) Zu den Verhandlungen hätten Sachverständige herangezogen werden müssen. Wir sind der Meinung, daß uns der Vertrag nicht befriedigen kann, die überwiegende Mehrzahl meiner Freunde lehnt ihn ab.

Mollenhuth (SD.): Daß die Herren vom Handel zu klagen haben, ist kein Wunder, wenn die Agrarier an der Herrschaft sind. Die Herren haben aber selbst zur Stärkung dieses Elements beigetragen. (Sehr wahr! b. d. Stat.) Wenn agrarisch Trumpf ist, so können wir eine bessere Handelspolitik nicht erwarten. (Sehr richtig! b. d. Stat.) Es ist komisch, wenn Schutzgüter hier über die verderbenbringende Wirkung von Schutzgütern klagen. (Sehr gut! b. d. Stat.) Nun macht man unseren Unterhändlern die schwersten Vorwürfe, sie hätten nicht ihre Pflicht getan. Aber wir wissen doch, daß sie nicht die Schuld trifft. Als hier der Zolltarif beschlossen wurde, was hat man da nicht alles vom Regierungsrat an wunderwürdiger Wirkung herausgerechnet! Vom Grafen Rosadowski bis herunter zum Fürsten Bülow (Groß. Stk. und sehr gut! b. d. Stat.) Wir haben es vorausgesehen, wie schwierig es sein würde, mit solchem Zolltarif Handelsverträge abzuschließen. Auch diesen Handelsvertrag verdanken wir dem Zolltarif. Ich gebe zu, er ist so schlecht wie möglich, aber es ist unrettbar, jetzt den Unterhändlern die Schuld zuzuschreiben. Nationalliberale und Zentrum sollten sich jetzt nicht beklagen, denn sie sind die Urheber dieser Zustände. (Lebh. Zust. links.) Die Herren Schutzgüter dürfen es Portugal nicht verdenken, daß es sich auch mit hohen Schutzgütern umgibt. Am allerwenigsten die Herren, welche meinen, mit hohen Schutzgütern fördere man die Industrie. (Lebh. Zust. b. d. Stat.) Wir sind allerdings anderer Meinung. Wir meinen, die Schutzgüter dienen lediglich dazu, das eigene Volk anzupflandern. (Lebh. Zust. b. d. Stat.) Und haben wir denn den Import bei uns mit unseren Schutzgütern hindern können? Hier nur ein Beispiel: Weißblech wird nur in fünf technisch auf der Höhe stehenden großen Werken in Deutschland hergestellt. Obwohl wir nun einen Zollsatz von 6 Mk. auf die Tonne

gelegt haben, und die Werke zu einem Syndikat vereinigt sind, hat sich der Import, der 1885 nur 4 Proz. betrug, allmählich so geändert, daß im Jahre 1907 49 Proz. eingeführt und nur noch 51 Proz. in Deutschland hergestellt wurden. (Wort, hört!) Nun nennt Herr Stresemann den Verlust der portugiesischen Ausfuhr nur eine kleine Zuckung für unser Wirtschaftswesen. Ich gebe zu, daß die deutsche Industrie nicht zugrunde gehen wird. Aber es müßten dann auf sämtliche Waren aus Portugal Einfuhrzölle gelegt werden, und was das für Scherereien für den Handel bedeutet, weiß jeder. Ich beargweifle, daß diejenigen, welche überhaupt Zollkriege herbeiwünschen, um unsere Einfuhrzölle zu erhöhen, es nicht abwarten können, daß man endlich einmal mit einem Lande anfängt. (Sehr richtig! bei den Stat.) Wir aber sind Gegner solcher Zollkriege. Deshalb nehmen wir für den Vertrag, zumal wir bei seiner Ablehnung die verdrückte hohe Rolle in Portugal auch nicht hindern können. Die Folge wäre nur, daß andere Länder den deutschen Export an sich reißen. Und wenn auch Herr Stresemann diese 30 Millionen für eine Kleinigkeit hält, so wissen wir doch, daß durch ihren Verlust eine ganze Reihe von Arbeitern gestroffen würde. (Sehr richtig! b. d. Stat.) Will man der Überspannung der Hochschulzölle entgegen treten, so lange man bei sich in der Heimat an! Wenn man in Deutschland erst einmal diese Verdrücktheit erkennt und anfängt, abzubauen, so werden, wenn erst ein großer Staat damit begonnen hat, die andern folgen. (Lebhaftes Bravo! bei den Soziald.)

Linz (Rp.) verliest Zuschriften speziell aus den Kreisen der rheinischen Industrie, die sich gegen den Vertrag wenden. Die Minderheit seiner Partei lehne ihn ab, die Mehrheit aber halte einen Zollkrieg für verderblicher.

Staatssekretär des Auswärtigen von Schoen stellt fest, daß Sachverständige zugezogen wurden. Auch sei der deutsche Konsul in Lissabon praktischer Kaufmann.

Pauly (Cochem) (F.) wendet sich im Interesse der Landwirtschaft, des Weinbaues und zahlreicher Industrien gegen den Vertrag aus. Wenn nicht die guten Mostweine unserer tapferen Kriegerväter und Väter gestärkt hätten, wer weiß wo wir dann 1870 geblieben wären. (Schallende Heiterkeit.)

Mühlhorn (Fvpt.): Portugal macht mit seinen Schutzgütern nur nach, was andere ihm vorgemacht. Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzuehend Böses muß gebären. Der Vertrag ist nicht gut, aber ein Zollkrieg wäre schlimmer. Deshalb nehmen wir ihn an.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wird der Vertrag abgeschlossen, so ist unser Handel mit Portugal unterbunden. Man soll das nicht als eine leichte Zuckung ansehen. Wer den Frieden nicht ehrt, ist den Faler nicht wert. Auch unsere Schifffahrt in den portugiesischen Häfen würde schwer geschädigt werden. Redner weist auf einige kleine Vorteile des Vertrages hin, die in ihrer Gesamtheit doch einen bedeutenden Fortschritt darstellten. Auch führen wir unentbehrliche Rohstoffe ein, die wir nicht verteuern wollen.

Die Generaldebatte wird geschlossen und nach unwesentlicher Spezialdebatte der Vertrag mit knapper Mehrheit angenommen.

Die zweite Beratung des Stats für die Schutzgebiete wird fortgesetzt.

Liebert (Nvt.): Die Herren Sozialdemokraten scheinen eine besondere Abneigung gegen Maschinengewehre zu haben. Herr Noske hat auch wieder von dem Niedermachen der Eingeborenen durch die Maschinengewehre gesprochen. Jeder Deutsche muß sich aber über die Entwicklung der Kolonien freuen. Redner stellt sich als Aktionär einer kolonialen Aktiengesellschaft vor und preist die Teilhaberschaft an solchen Unternehmen als patriotische Tätigkeit. (Lachen b. d. Stat.) Er empfiehlt Fortbildungsschulen für intelligente Eingeborene und warnt davor, Mischlinge als Weiße zu behandeln, wodurch der Respekt vor der weißen Rasse leide. Redner schließt mit einem Lob der fleißigen sorgsamsten Verwaltungsarbeit Dernburgs. (Beifall rechts.)

Dr. Goller (Fvpt.) wünscht Zulagen für die verheirateten Kolonialbeamten und freut sich über den kaufmännischen Geist in der Kolonialverwaltung. Heute wird dem Staatssekretär nicht mehr das Wort „Börjensjobber“ entgegengerufen, wie wir es hier einmal gehört haben. (Lebh. Beif. b. d. Stat.) Der Kampf gegen des Islam, wie ihn

das Zentrum wünscht, wäre ein großer Fehler. Es kann nicht dringend genug davor gewarnt werden, von der religiösen Neutralität zu lassen. Auch England hütet sich auf Grund seiner Erfahrungen, in die religiösen Verhältnisse Indiens einzugreifen. (Lebh. Sehr richtig! links.) Auch um die Vielweibererei der Neger soll man sich nicht kümmern. So viele schöne Damen wie in Paris gibt es freilich in Afrika nicht. (Sturm. Stk.) Deshalb möchte ich nur wünschen, daß die Pariserinnen dem Staatssekretär recht viele Diamanten abkaufen, damit er viele Bahnen dafür bauen kann. (Große Stk. in die der Staatssekretär einstimmt.) Wenn die Missionen die Hände nach der Schule ausstrecken, so muß bei aller Anerkennung ihrer Verdienste ihnen zugesehen werden: Bis hierher und nicht weiter! Beim Militärstat hat hier ein temperamentvoller Herr nach dem Tierarzt geschrieben. (Große Heiterkeit.) Der Herr würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er diesen Ruf in den Kolonien auslösen würde. Es fehlt dort nämlich an Tierärzten. (Heiterkeit.) — Ich komme jetzt zum Kamel. (Große Heiterkeit.) Dieses nützliche Tier muß in Südwestafrika heimisch gemacht werden. (Heiterkeit.) Weil das Kamel aber kein Zwitter ist, so muß dafür gesorgt werden, daß auch Kamelweibchen vom schöneren Geschlecht da sind. (Schallende Heiterkeit.) Wir stehen fest zum Staatssekretär, der den kolonialen Karren aus dem Sumpf gezogen hat. (Lebh. Beifall b. d. Freisinnigen.)

Staatssekretär Dernburg: Gegen die Vielweibererei der Neger ist eine Verfügung ergangen, doch kann ich nicht verhindern, daß sie böses Blut hervorrief. Man muß auf Gewöhnheit und Verhältnisse Rücksicht nehmen. Ich komme zu dem Bescheid vom Juni 1909, den mir gestern der Abg. Noske zur Verfügung stellte. Der Mann, der die Beschuldigungen erhob, hat sich in diesem Jahre wieder an mich gewandt, und ich gab die Sache an die vorgelegte Division des betreffenden Offiziers. Von dort ist der Bescheid ergangen. Die Vorwürfe treffen also nicht das Kolonialamt und ich habe dem Präsidenten des Reichsmilitärgerichts davon Kenntnis gegeben, damit er in der Lage ist, darauf einzugehen. Herr Noske hat sich im weiteren besonders gegen die Maschinengewehre gewendet, aber die Militär des Herrn Nebel wird doch auch nicht mit Brasilien schießen. (Stk.) Die Prügelstrafe schränke ich ein, soweit ich kann. 4000 Fälle auf eine Bevölkerung von 10—15 Millionen, das ist nicht so horrend. Wenn auch einmal Gewalt angewendet werden muß, so kommt hinterher doch der Segen der wirtschaftlichen Entwicklung. Reden wie die des Herrn Noske sind nicht für dieses Haus bestimmt, sondern sollen nur die Haltung der Fraktion rechtfertigen in den Kreisen seiner Parteigenossen, wo es seit Jahren in der Kolonialfrage bedenklich kriselt. (Stk.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr, außerdem Stat des Reichstags und Militärstat.

In einer persönlichen Bemerkung sagt Noske (SD.), daß er dem Staatssekretär am Donnertag antworten werde. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Aus der Partei.

**Eine Bitte!** Parteigenossen, die im Besitz von Briefen von mir aus den sechziger, siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sind, bitte ich um Überlassung derselben. Auf Wunsch sende ich die Briefe zurück, nachdem ich Abschrift davon genommen habe. Auch bloße Abschriften sind mir willkommen. Schöneberg-Berlin, Hauptstraße 97-98. V e e l.

**Wahlrechtsdemonstrationen in Ost-Lothringen.** Am Sonntag fanden in fast allen größeren Orten Ost-Lothringens Demonstrationen für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht statt, die einen durchaus würdigen Verlauf nahmen. In Mühlhausen zählte die auf vom Mittags 1/2 Uhr angelegte Versammlung unter freiem Himmel etwa 12000 Personen. Redner waren: Reichstagsabgeordneter Genosse Gimmel und der Demokrat Weingardener Diez. In die Versammlung schloß sich ein Zug durch die Straßen; die Teilnehmer werden auf zirka

## Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland. Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarau.

(3. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Mitten auf dem Wege zwischen den Häusern hatte sich ein Schwarm um eine Karole gesammelt, die eben angekommen war. Ein kleiner vierährdiger Mann mit rotem Gesicht, grauem Bart und einer Pelzmütze auf dem Kopf stieg aus.

„Weißt einer von Euch,“ fragte der kleine Mann die Umherstehenden, „wer der Kerl ist, der die Wegestrecke vom Baum bei Bördig nach dem Schwarzmarw hat? Ich hätte Lust, ein Wort mit dem Patron zu reden.“

Niemand wußte es. Ein alter Mann versetzte: „Ja, da hab ich recht, Altermann, es gibt keine schlimmere Wegestrecke an der ganzen Rüste.“

„Wegestrecke!“ fuhr der Lotten-Altermann auf, „soll das ein Weg sein? Es ist ja nichts als ein Moor mit großen Steinen darin; seht mal, wie wir aussehen!“ und damit zeigte er auf sich, das Pferd und den Wagen, die alle über und über mit Schlamm bespritzt waren.

„Ihr müßt beim Lehnsmann klagen, Altermann,“ rief einer aus dem Haufen.

„Wird wohl nicht viel nützen,“ sprach jener und kratzte sich den Kopf unter der Pelzmütze.

Zu diesem Augenblicke gewahrte er Mjadel Batnemo, der unfern von ihm stand und ihn ansah. Der Lotten-Altermann blinzelte ihm zu.

Einer der anwesenden Lotten nahm sein Pferd und der Altermann näherte sich Mjadel und flüsterte ihm zu: „Sie ist wohlbehalten an Bord!“

„Bekam sie einen guten Platz?“ fragte Mjadel.

„Einen brillanten Platz, Freundchen, ganz wie auf einem Amerikaschiff, obwohl es nur die zweite Kajüte war. Morgen abend ist sie in Christiania.“

„Schlimm, daß sie am Abend antommt; wenn sie dann aus den Andreas finden kann.“

„Dafür ist gesorgt, Mjadel,“ sagte der andere, „ich habe in Deinem Namen an Deinen Bruder telegraphiert, daß er Christine an der Dampfschiffbrücke empfängt.“

„Das wäre? Was Du doch immer machst, Altermann,“ sagte Mjadel, „es war wohl recht teuer?“

„Gerade eine Krone.“

„Kamtest Du es nicht billiger bekommen?“

„Mein Freundchen, es ist feste Lage.“

„Ja, ja, es war doch gut,“ meinte Mjadel und suchte eine Krone hervor; „dank auch schön, Altermann.“

„Ach was, da ist nicht viel zu danken. — Wist Du schon vor dem Gericht gewesen, Mjadel?“

„Nein, sie lagen, ich käme nicht vor Nachmittag daran.“

„Hast Du was zu essen?“

„Nein, es ist zu Hause niemand, der mir etwas zurecht machen könnte,“ erwiderte Mjadel kurz.

„Oh, das ist auch wahr!“ murmelte der Altermann, „dann können wir zum Lotten Tobias gehen und uns etwas zu essen geben lassen.“

Die Leute traten zur Seite und grüßten den Lotten-Altermann, als er bei ihnen vorbeiging; aber keiner schien den langen Mjadel zu bemerken, der hinterdrein schritt.

Es sah nach Regen aus. Weit über das Meer hinaus hingen schwere dunkle Wolken und die See war grau gefärbt mit kleinen weißen Flecken.

Ein starker Südwestwind trieb die Brandung gegen das Steingeröll am Strande und die schäumenden Wellen schleiften lange Streifen von Tang mit sich. Das Gestade erhob sich zu einer mäßigen Anhöhe, auf der die Gehöfte dicht zusammen lagen.

Zwischen den Häusern liefen schmale, schlecht gehaltene Wege, daneben lagen Dünger- und Rehrichthäufen; unbrauchbares Gerät, wie verrostete Pflugschiffen, zerbrochene Käder und Schiffstrimmer aller Art, welche das Meer im Laufe der Jahre an den Strand gewälzt hatte, war rund umher zerstreut. Nur vor den Wohnhäusern selber pflegte ein freies Platzchen zu sein, wo sich abends bei gutem Wetter die Bewohner versammelten und auf der Treppe oder längs den Wänden des Hauses hockten.

Obwohl es mitten an einem Sommertage war, hatte alles ringsumher ein düsteres Kolorit. Graue Regenwolken hingen tief herab vom Himmel und schienen in einiger Entfernung mit dem Meere zu verschwimmen. Die rotenbraunen geteerten Häuser, welche mit ihren weißen Fensterrahmen, den bunten Gardinen und Blumentöpfen sich im Sonnenschein gar freundlich ausnehmen konnten, sahen heute fast mürrisch aus in der unklaren Luft und das weiß angestrichene Haus des Lehnsmanns lag bleich und trübselig da.

Die dichten Häufen der Bauern paßten zur Stimmung. Alle diese plumpen Gestalten in der Jacke von blauem Fries und dem wollenen Hemde trugen dazu bei, den Druck, der auf allem ruhte, zu verstärken. Es war kein rechtliches Leben in den Gruppen; jeder schien sich nur um sich zu kümmern; man begrüßte sich halbiert, ohne einander anzusehen; große, feuchte Hände berührten sich, ohne sich zu drücken, mit steifen Fingern. Kein Ausruf, kein lautes Wort, geschweige denn ein Lachen ließ sich hören, und über dem Ganzen schwebte ein Duft, wie ihn nur Fries ausströmen kann, wenn er erst warm und dann nach geworden ist.

Um ein Uhr ward die Vormittags-Sitzung geschlossen und während in der Gerichtsstube aufgeräumt und der Mittagstisch gedeckt ward, gingen die Beamten und die Anwälte draußen vor dem Hause auf und nieder, rauchten und unterhielten sich.

Die Mutigsten unter den Bauern wagten sich an ihren Anwalt und trugen ihm ihr Anliegen vor; nur der kleine tiefhängige Mann konnte den seinigen nicht entdecken.

Während dessen ging der Amtmann Piorth, der gern für Herablassend gelten wollte, unter den Bauern umher und merkte sich diejenigen besonders, die ihn grüßten. Ein und wieder, wenn ihm ein Gesicht bekannt vorkam, blieb er stehen und sagte ein paar freundliche Worte. Dabei hielt er die Hände auf dem Rücken unter den Rockschößen und entzog sich so jeder näheren Berührung.

Der Lehnsmann und sein Knecht führten einen Arrestanten über den Hof. Man hatte ihn sicherheitsshalber Ketten angelegt; denn das Gefängnis des Gerichtshauses war nicht sehr fest und überdies war es dann leichter, Wache zu halten. (Fortsetzung folgt.)

10000 geschäft. Die Polizei hatte den Demonstrationen zugunsten des Aufstehens von Standarden und roten Abzeichen genehmigt, trotzdem aber umfangreiche Vorkehrungen getroffen, um bei etwaigen Zwischenfällen sofort zur Stelle zu sein. — In der Fabrik hatten sich etwa 8000 Personen am alten Bahnhof versammelt, die von hier aus einen Umzug durch die Stadt unternahmen. Der größte Teil der Demonstranten bestand aus Sozialdemokraten, der Rest aus Demokraten und Liberalen. In allen Versammlungen wurde auch lebhafteste Kritik geübt an der Thronrede, mit der der Statthalter den Landesausschuss eröffnet hatte. Die unklaren Andeutungen von noch fortdauernden Verhandlungen über die Verfassungsreform wurden scharf beurteilt und überall nachdrücklich eine baldige Wahlreform verlangt.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Kampfanzeichen im mittelfränkischen Baugewerbe.** Vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Mittelfranken ist an die Organisationsleitungen der Bauhandwerker ein Schreiben ergangen, worin der Tarif zum 31. März 1910 gekündigt wird. Zu gleicher Zeit wird erklärt, daß für den Neuaufschluß eines Tarifvertrags das bekannte Tarifmuster des deutschen Bauarbeiterverbandes vorgelegt wird. Hinsichtlich der der örtlichen Regelung unterliegenden Punkte werden die in den Unterhandlungen vom 7. Januar vom Unternehmerverband gemachten Vorschläge wiederholt. Die erwähnten, von den Unternehmern verlangten Unterhandlungen haben sich gerade wegen dieser Vorschläge verzögert. Die Unternehmer verlangten, daß auf der Grundlage der bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Vertrag nach dem Tarifmuster abgeschlossen werde, worauf die Arbeitervertreter nicht eingingen, zumal die Unternehmer auch jede Auskunft darüber verweigerten, ob der zukünftige Lohn Einheits-, Durchschnitts- oder Staffellohn sein, ob das Wort „täglich“ des Vertragsmusters stehen bleiben solle usw. Die Ankündigung ist allen Organisationen des Baugewerbes zugegangen, auch den Christlichen, obwohl mit diesen garnicht einmal ein Tarif besteht.

**Örtliche Tarifregelung im Malergewerbe.** Für die Lohngebiete Frankfurt a. M., Offenbach, Darmstadt, Friedberg, Neuheim, Hanau, Wiesbaden, Worms, Mainz, Hochst und Siegen fanden Besprechungen statt mit dem Arbeitgeberverband für Hessen, Nassau und das Großherzogtum Hessen. Die Vertreter der Arbeitgeber, wie Arbeitervereine, nahmen daran teil. Gegenstand der Verhandlungen war die Festsetzung der Arbeitszeit und der Pausen, des Arbeitschlusses an den Sonntagen, Stellung des eigenen Handwerkszeuges und Festlegung des Geltungsbereichs für die einzelnen Landgebiete. Zu gleicher Zeit wurden die Stundenlöhne für diejenigen Orte, wo Differenzen nicht bestanden, festgesetzt. Für Darmstadt, Siegen, Neuenheim und Mainz wurde Anspruch auf den vierten Wiennig Lohnerhöhung erhoben, eine Erhöhung darüber war aber nicht zu erzielen und werden sich die Orts- oder Gewerkschaften mit der Frage weiter zu beschäftigen haben. Die laut Schiedsspruch vom 17. Januar zu erfolgende Lohnerhöhung von 2 bzw. 3 Pfg. die Stunde ist noch nicht überall durchgeführt. Die Arbeitgeber wurden zur Einhaltung des Schiedsspruchs angehalten. Den Schiedssprüche nicht zugekommen haben die Arbeitgeber in Homburg; diese wollen sogar aus dem Arbeitgeberverbande austreten. Ferner haben bisher auch die Wiesbadener Arbeitgeber den Schiedssprüche, soweit sie sich auf die Lohnsätze beziehen, nicht zugestimmt. Für das ganze Lohngebiet haben nunmehr auf Grund der Ermahnungen in der nächsten Woche die Lohnsätze zu erfolgen. Auch die unorganisierten Arbeiter sind dazu verpflichtet. Wo Unstimmigkeiten weiter bestehen, ist es ungenügend den örtlichen Vorständen des Verbandes anzuzeigen.

## Soziales.

**Sind städtische Schreiber Handlungsgehilfen?** Mit einer Frage von prinzipieller Bedeutung beschäftigen sich gegenwärtig die Schreiber der städtischen Gaswerke in Berlin. Die städtische Behörde stellt diese Schreiber mit täglicher Kündigungsfrist ein, obgleich ein kaufmännisches Arbeitsverhältnis vorliegt. Die städtischen Gaswerke sind kaufmännische Betriebe im Sinne des Gesetzes, und auch die Tätigkeit der dort beschäftigten Schreiber ist eine vorwiegend kaufmännische. Demnach sind diese Handlungsgehilfen im Sinne des Gesetzes. Die Handlungsgehilfen haben aber nach dem Handelsgesetz Anspruch auf eine sechsmonatige Kündigungsfrist zum Quartalsende oder auf eine vereinbarte gegenseitige Mindestkündigungsfrist von einem Monat. Die Stadt Berlin handelt also ungesetzlich, wenn sie diese Angehörigen mit täglicher Kündigung beschäftigt. In einer am Sonnabend stattgefundenen Versammlung beschloßen die Schreiber, mit allen Mitteln zu versuchen, den gesetzlichen Bestimmungen Geltung zu verschaffen. Es ist anzunehmen, daß das Vorgehen der Schreiber in Berlin eine ähnliche Bewegung in anderen Städten zur Folge haben wird.

**Praktiken der Zwangsarbeitsnachweise und der Zechen.** Der Bergmann M. N. erhielt am ersten Weihnachtstage ein Telegramm von seinen Familienangehörigen in Opatowitz, daß seine Mutter schwer erkrankt sei. Er reiste sofort ab und ließ sich durch einen Kameraden auf der Zechen, wo er arbeitete, entschuldigen. Am 5. Januar kehrte er an seine Arbeitsstelle zurück. Es wurde ihm bedeutet, daß er sich zur Wiederanmeldung ein ärztliches Attest beschaffen müsse. Das tat er denn auch; er mußte 3 Mk. für das Attest bezahlen. Der Betriebsführer aber, anstatt ihn jetzt anzulegen, drückte ihm die Akte in die Hand, datiert nicht vom Tage seiner letzten Schicht (23. Dezember), sondern vom 7. Januar. Am 10. Januar fragte er auf dem Arbeitsnachweisbureau in Gelsenkirchen um Arbeit nach, wo ihm jedoch gesagt wurde, daß er kontraktbrüchig geworden sei und vor dem 21. Januar keine Arbeit erhalten könnte. Der Arbeiter kehrte darauf zu der Zechen, wo er gearbeitet hatte, zurück und verlangte eine ordnungsmäßige Abkehr, weil er nicht kontraktbrüchig geworden sei. Darauf machte ihm der Betriebsführer in die Akte den Vermerk: „Legte Schicht verfahren am 23. Dezember 1909.“ Am 11. Januar wurde er dann vom Arbeitsnachweis einer etwa eine Stunde entfernten Zechen überwiesen, wo ihm aber gesagt und auf dem Nachweisbureau auch vermerkt wurde, daß Arbeiter nicht angenommen würden. Jetzt wurde er einer zweiten Zechen überwiesen, wo ihm aber erklärt wurde, daß Arbeiter von den Nachbarzechen nicht angenommen würden. Auf einer dritten Zechen, der er jetzt zugewiesen wurde, sollte er Arbeit erhalten; als er aber keine Abkehr vorlegte, legte der Betriebsführer: „Solche Leute können wir nicht gebrauchen, gehen Sie wieder zu Ihrer früheren Arbeitsstelle zurück.“ Nach langem Hin- und Hergehen kehrte er endlich zu der Zechen, von der er entlassen worden war, zurück und verlangte entweder eine ordnungsmäßige Abkehr oder Arbeit, was ihm aber alles verweigert wurde. Schließlich war der Betriebsführer auf dem Bureau des Betriebsführers angewandt, der dem Arbeiter, nachdem er sich über den Sachverhalt erkundigt hatte, sagte, er solle sich zu einer bestimmten Zeit auf einen Nachbarzechen derselben Gewerkschaft melden, dort

bestäme er Arbeit. Zuvor aber mußte der Arbeiter zum Arbeitsnachweisbureau nach Essen, um einen Anlegeschein zu holen, den er aber dort nicht erhielt; er wurde vielmehr zum Arbeitsnachweisbureau nach Gelsenkirchen geschickt, wo ihm endlich der Anlegeschein ausgereicht wurde. Außerdem mußte er ein ärztliches Gesundheits- und Warmattest beibringen und mit je 3 Mk. bezahlen, dann erst konnte die Anlegung erfolgen. Interessant ist, daß der Arbeiter die ihm vom Arbeitsnachweisbureau angewiesene Arbeit nicht erhalten hat. Bekanntlich bestand vor Einführung des Zwangsarbeitsnachweises zwischen den Zechen die Vereinbarung, keine Arbeiter von Nachbarzechen anzunehmen. Wie der obige Fall zeigt, besteht diese Vereinbarung auch jetzt noch. Das bewiesen auch die Äußerungen der Betriebsführer. Der eine sagte: „Solche Leute können wir nicht gebrauchen, gehen Sie wieder zu ihrer früheren Arbeitsstelle zurück.“ der andere: „Von Nachbarzechen nehmen wir keine Leute an.“ Ähnlich erging es auch Arbeitern von „Karl Friedrich“, welche auf „Prinz Regent“ Arbeit haben wollten. Nach ihrem Wunsch wurde ihnen vom Arbeitsnachweisbureau in Bochum Arbeit zugewiesen; es wurde ihnen aber gesagt, daß auf „Prinz Regent“ etwa 70 Hauer, 25 Lehrhauer und ebenso viele Schleppler fehlten. Trotzdem wurden sie zurückgewiesen mit der Bemerkung: „Von „Karl Friedrich“ nehmen wir keine Leute an, auch wenn sie vom Arbeitsnachweis kommen.“ Die Bergarbeiter sind demnach jetzt doppelt verkermt, und zwar durch den Zwangsarbeitsnachweis und weiter durch die erwähnten geheimen Vereinbarungen der Zechen, welche nach obigem zweifelsohne noch bestehen.

**Achtuhr-Ladenschluß im Barbiergewerbe.** Bei den scharfen Konkurrenzverhältnissen im Barbier- und Friseurgewerbe ist die Durchführung eines örtlich einheitlichen Ladenschlusses auf dem Wege freier Vereinbarung überaus schwierig. Nach Einführung der Sonntagsruhebestimmungen für die Arbeiter dieses Gewerbes — mit 1. April 1895 — waren die Meister durch die gegenseitige Konkurrenz gezwungen, an Sonn- und Festtagen nach wie vor weit über die Zeit hinaus ihre Geschäfte offen zu halten, bis zu der sie ihr Personal beschäftigen durften, und sie mußten ihre Kundenschaft, die sich dann noch einstellte, allein bedienen. Dieser Zustand währte etwa 5 Jahre und führte dann zur Schaffung des Paragraphen 41 b der Gewerbeordnung, wonach auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der beteiligten Gewerbetreibenden durch die höhere Verwaltungsbehörde vorgeschrieben werden kann — nicht etwa vorgeschrieben werden muß — daß der Geschäftsbetrieb an Sonn- und Festtagen nur so lange stattfinden darf, wie die Arbeiter beschäftigt werden können, also bis 2 Uhr nachmittags. Erwähnt sei, daß es auch hier insbesondere die Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Reichstage waren, die sich für diese Reform zugunsten des Barbier- und Friseurgewerbes ins Zeug legten. Widerstrebt es auch den „staatsverhaltenden“ Tendenzen des Barbierinnungsverbundes, diese Tatsache anzuerkennen, so hat sie wenigstens die damalige freie Junger in einem Dankschreiben an den Reichstagsabgeordneten Vogel anerkannt. Wie sieht es nun aber mit dem Ladenschluß an Wochentagen? Da verlangt die Gewerbeordnung, die Bestimmungen des § 139 der G.-O. beziehen sich ausschließlich auf das Handelsgewerbe. Dem Barbier- und Friseurgewerbe bietet die Gewerbeordnung absolut keine Handhabe, um einen einheitlichen Ladenschluß an Wochentagen auf geordneter Grundlage herbeizuführen zu können. Jeder Selbständige kann an Wochentagen sein Geschäft so lang offenhalten wie er will. Obgleich eine große Anzahl der Meister längst zur Einführung des 8-Uhr-Ladenschlusses — mit Ausnahme des Sonnabends — bereit sind, ist es ihnen unmöglich dazu überzugehen. Noch nicht einmal der 9-Uhr-Schluß kann durchgeführt werden, da jeder sich nach dem Konkurrenzrenten richten muß. Wie dringend notwendig es ist, hierin Abhilfe zu schaffen, ergibt sich daraus, daß selbst der in sozialpolitischer Beziehung ergreaktionäre Innungsbund nun schon seit Jahren um Abhilfe petitioniert, durch zweckentsprechende Abänderung des § 139 f. Selbstverständlich unterliegt die Schließungsorganisation dieses Verlangens, das sie ebenfalls in einer Reihe von Eingaben zum Ausdruck gebracht hat. Wie sehr selbst die Meister auf einen frühzeitigen Ladenschluß hindrängen, erhellt die Tatsache, daß trotz mancher Schwierigkeiten, trotz des Nebeneinanderbestehens von drei verschiedenen Korporationen der Meister, bereits in verschiedenen Städten die Meister den 8-Uhr-Schluß eingeführt haben. So in Halle a. S., Kiel, Stuttgart usw., während er in anderen süddeutschen Städten von jeher besteht. Da nur eine moralische Verpflichtung zu seiner Durchführung besteht, und die Moral in Konkurrenzkampfe kein wichtiger Faktor ist, so ist die Durchführung natürlich noch weit schwieriger als die Einführung. Der Zweck dieser Darlegung ist, die Effektivität auf diesen Mißstand aufmerksam zu machen, der die rund 100 000 Angehörigen des Barbier- und Friseurgewerbes von der Teilnahme an allen gesellschaftlichen Einrichtungen, die der Aufklärung, Bildung und Geselligkeit dienen, nahezu vollständig ausschließt. Die Meister wollen den einheitlichen Ladenschluß an Wochentagen, die Gehilfen erst recht, und besonders für die Lehrlinge würde es sich als eine große Wohltat erweisen, daß die Gewerbeordnung läßt es nicht zu, ihn auf rechtlicher Basis herbeizuführen. Die Gewerbeordnung verhindert in diesem Falle in einem Gewerbe die allseits als dringend notwendig erkannte Ordnung zu schaffen. In solchen Fällen sollte man denn doch erwarten, daß die Gesetzgebungsmacht etwas flatter funktioniert, zumal es hier keine langen Erhebungen und Beratungen bedarf, und die Interessen des Publikums durch den 8-Uhr-Ladenschluß der Friseur in keiner Weise tangiert werden.

## Aus Nah und Fern.

**Schweres Unglück.** Wie aus Posen berichtet wird, hatten auf dem Rittergut Uhlenshof die Einwohner Wozniak vor dem Schlafengehen den Ofen tüchtig mit Kohlen geheizt. In der Nacht wurde die Mutter durch das Schreien des 10 Wochen alten Kindes wach. Die Stuben waren mit Kohlenoxydgas gefüllt. Wozniak und seine taubstumme Schwägerin waren bereits tot. Die übrigen fünf Mitglieder der Familie liegen an der Vergiftung noch schwerkrank darnieder.

**Leo Julius Bierbaum,** einer der bekanntesten Dichter der Gegenwart, ist gestern abend in Dresden an einer Herzlähmung gestorben. Er hat nur ein Alter von 44 Jahren erreicht.

**Von Kohlenmassen verschüttet.** Aus Neuwelzig (Sachsen-Altenburg) wird gemeldet: Zwei im Schade-Schacht arbeitende Brüder wurden von hereinbrechender Kohle überlagert. Während es dem einen der beiden gelang, sich zu retten, wurde der andere von der Kohlenmasse verschüttet und konnte trotz sofort angelegter Rettungsversuche nur als Leiche geborgen werden.

**Ankündigung unterdrückter Gelder.** Aus Düsseldorf wird gemeldet: Bei den Eltern des vor einem Jahre wegen Unterschlagung von 113 000 Mk. zu einem Jahre Gefängnis verurteilten früheren Direktors der Gewerkschaften in Reichshof, Oscar Günther, hat man bei einer Hausdurchsichtigung die Summe von 64 000 Mk. versteckt aufgefunden. Günther, der

früher Gendarm gewesen war, hatte sich bei der Verhandlung gemeigert zu sagen, wo das unterschlagene Geld zu finden sei. Gegen die Eltern richtete sich schon seit langem der Verdacht der Heberei, und schließlich bewirkte der Konkursverwalter eine Hausdurchsichtigung, die den gewünschten Erfolg hatte. Die beiden Leute wurden in Haft behalten.

**Hans Blum gestorben.** In Rheinfelden ist im Alter von 69 Jahren der Rechtsanwalt und Schriftsteller Dr. Hans Blum, Sohn des 1848 in Wien erschossenen Freiheitskämpfers Robert Blum, gestorben. Hans Blum hat sich nicht scheut, die Ideen für die sein Vater das Leben lassen mußte, mit Schmutz zu bewerfen.

**Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie — juristische Person.** In einer Klage des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vor dem Amtsgericht Offenbach wurde aktenmäßig festgestellt, daß der genannte Verband seit dem 23. Juli 1909 eingetragener Verein ist. Der Verband kann demnach als solcher klagen.

**Der achtsache Mörder entdeckt?** Nach einer Meldung aus Posen wurde der in Balowitz bei Farnitz auf einem Meierhof bedienstete russische Unterthan Michael Matek verhaftet unter dem Verdacht, an der Familie Wallewski in Boguslaw (Prov. Posen) den achtsachen Raubmord begangen zu haben.

**Eine schwere Explosion** ereignete sich gestern in der Gemeindefabrik zu Friedenau bei Experimentier-Vorfahrungen. Dem Lehrer wurde ein Arm abgerissen, fünf Kinder wurden leicht verletzt. Die Fenster des Klassenzimmers wurden zertrümmert.

**Die Seine fällt** sowohl in Paris, als auch in den Vororten ziemlich schnell. Allmählich herrschen wieder geordnete Zustände.

**Ver schwundener Kassenschatz.** Aus Lille wird gemeldet, daß dort seit einigen Tagen der Kassenschatz der dortigen Filiale der Banque de France, Chin, verschwunden ist. Chin hatte einen Betrag von über 100 000 Francs für die Bank eincaßiert, ist jedoch damit nicht in den Bureaus erschienen. Man befürchtet, daß der Beamte, der schon lange Zeit der Bank angehört und sehr vertrauenswürdig war, einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

**Schreckensstat eines Terrifizierten.** In einem Bauernhause bei Grotto in Italien wurde die Bäuerin Sofia Clemente Montag nacht plötzlich irrsinnig, warf alles, was nicht nicht und nagelstarr war, zum Fenster hinaus. Nach ihrem Garten mit einer Gabel die Augen aus und verlegte ihn mit Dolchschlagen. Auf das entsetzte Geschrei der Kinder, die der furchtbaren Szene beizwohnten, kamen Carabinieri, die die Unglückliche abführten.

**Vier Kinder verbrannt.** Aus Kairo wird der „B.“ 3. am Mittag gemeldet: In dem Vorort Ismailia entstand in dem Theater „Fanfare“ bei einer kinematographischen Vorführung für die griechischen Schulen Feuer. Vier zehnjährige Kinder verbrannten, von den übrigen erlitten bei der panikartigen Flucht viele schwere Verletzungen.

**Schweres Grubenunglück in Amerika.** Wie aus Pirmo (Colorado) berichtet wird, sind Montag abend in den Bergwerken der Colorado Fuel and Iron Company infolge einer Explosion acht Bergleute getötet worden. Mehr als hundert wurden verschüttet. — Von den bei der Explosion in den Bergwerken der Colorado Fuel and Iron Company verunglückten Bergleuten sind bis gestern früh fünfzehn als Leichen geborgen worden. Man befürchtet, daß von den noch über hundert verschütteten, meist Slaven und Ungarn, keiner mehr am Leben ist. — Bis gestern mittag wurden von den in den Bergwerken der Colorado Fuel and Iron Company verschütteten 79 in einem Luftschacht erstickt aufgefunden, wohnin sie augenscheinlich gestickt waren, um dem Tode zu entkommen. Zur Zeit der Katastrophe waren, wie jetzt feststeht, 149 Bergleute in den Gruben beschäftigt.

## Literarisches.

Am 1. Februar d. J. gelangte zur Ausgabe: **A. Bebel, Aus meinem Leben.** Erster Teil. (Verlag von J. F. W. Diez Nachf. in Stuttgart.) Preis gebunden 2 Mk.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 9 des 20. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Zur Frauenkonferenz. I. Von Käthe Duder. II. Von Helene Grünberg. — Vom Haushalt der Arbeiterfamilien. II. Von Gh. — Deutschland im Jahre 1909. II. Von H. B. — Die Frauenrechtsforderungen im Einigungsprogramm der Linken Liberalen. — Bürgerliche und proletarische Mittelstandsmoral. Von Otto Albrecht. — Das Nachspiel des Mansfelder Bergarbeiterstreiks vor dem Gericht. Von ed. — Vom Kampf der Neuproter Bluffenherinnen. Von ed. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Das politische Erwachen der Frauen im Mansfelder Bergrevier. — Jahresbericht der sozialdemokratischen Frauenorganisation in Offenbach. — Von der Dresdener Kinderschulskommission. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Zur Tarifbewegung in der Holzindustrie. — Tarifbewegung des Verbandes der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeitenden. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Verschiedenes.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Höchstes Gebot. Von Friedrich Hebbel. — Über unsere Kraft. II. — Jägerdörfer in der Gegenwart. Von Hannah Lewin-Dorsch. — Aphorismen. Von Karl Hoym. — Für die Hausfrauen. — Jewilken: Aus: Über unsere Kraft. Von Björn Björnsen. (Schluß.)

Für unsere Kinder: Lied der Freundschaft. Von Gottfried Heider. (Gedicht). — Der Grab und der Feine. Von Robert Grösch. — Im Winter. Von Johann Geier. — Im Eismeer. Von Fern. Lingg. (Gedicht). — Die schwarze Rose. Eine wahre Geschichte von Hebe. (Fortsetzung). — Warum die Blaumeise einmal im Jahre den Verstand verliert. Von Ernest Seton Thompson. — Kurze Tage. Von Emma Böhl. (Gedicht.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Steiling. Verleger: F. H. Schwark, Druck: Friedr. Koenig u. Co. Sämtlich in Lübeck.



